H 8040 F
Nummer 39
März/April 96
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Deutsche Geschichtsschreibung

Umstrukturierung bei den militanten Nazis

Polizei und Rassismus

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Postfach 1324 • Rolandstraße 16
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 4582904
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Es scheint ein Erfolg des Jahres 1995, um den 8. Mai als Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, gewesen zu sein, als Roman Herzog den 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Faschismus deklarierte. Doch gleichzeitig setzte er eine Uminterpretation der deutschen Geschichte fort, erhob die Totalitarismustheorie zur Staatsdoktrin, unterschlug weitgehend den sozialistischen Widerstand gegen das NS-Regime und klammerte völlig das Interesse des Kapitals an der Errichtung des faschistischen Terrorherrschaft aus.

Anders als bei der sogenannten Historikerdebatte Mitte der achtziger Jahre wird gegenwärtig versucht unter der Hand ein neues Geschichtsbild im Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung zu verankern, um deutsche Großmachtpolitik nach innen und außen unbelasteter verfolgen zu können. Getreu dem Motto, das der Kanzlerberater Michael Stümer bereits 1986 im Kampfblatt des deutschen Kapitals, FAZ, formulierte, nämlich, daß „in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerungen füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.

Mehrere Beiträge unseres Heftes berichten von diesen Versuchen, sich der Geschichte zu bemächtigen.

Offensiv wird dagegen in Bezug auf den Brandanschlag auf das Asylwohnheim in Lübeck vorgegangen. Trotz zahlreicher offener Fragen wird ein junger Libanese als Tatverdächtiger präsentiert. Große Medien entschuldigen sich gar, daß sie den Verdacht äußern konnten, Neonazis hätten den Brandanschlag verüben können. Daß am gleichen Tag, dem bei Rechten symbolischen Charakter habenden „Reichsgründungstag“, ein Asylwohnheim in der Nähe Hannovers brannte, wurde in der überregionalen Presse weitgehend vernachlässigt. Aber das paßt ins Schema. Mittlerweile wird bei brennenden Asylunterkünften immer häufiger erklärt, daß die Brandursache noch nicht geklärt, aber ein ausländerfeindlicher Hintergrund nicht erkennbar sei.

Und - ein zweiter Bereich der Offensive - Übergriffe auf MigrantInnen durch Polizisten sind zwar vorgekommen, müssen aber als Folge von Streß und Überarbeitung angesehen werden - so das Ergebnis einer wissenschaftlich fragwürdigen Studie. Das Ziel ist durchsichtig: Wer sich heute gegen eine Verschärfung der Gesetze, gegen eine weitere Aufrüstung der Polizei stellt, soll als tatsächlicher Verantwortlicher für rassistische Übergriffe diffamiert werden!

Heft 40 des Rechten Randes erscheint Anfang Mai 1995. Redaktionsschluß ist am 13. April 1996.

LeserInnenreaktionen

Auf starken Protest stieß die Berichterstattung über die Proteste gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade am 13.11.95 in Wadern.(siehe DRR Nr.38) Zu diesem Artikel erreichten uns gleich mehrere Leserbriefe, welche sich über die einseitige und nicht korrekte Berichterstattung beklagten. Da die Leserbriefe mehr oder weniger inhaltlich die gleiche Richtung haben, beschränken wir uns aus Platzgründen auf die Veröffentlichung eines Leserbriefes, der von einem an dem “Saarbrücker Bündnis” Beteiligten stammt:

“Der Grund meines Schreibens ist der Artikel “Nazilied bei Gelöbnis der Saarlandbrigade” von Dominik Fries (Aktion 3.Welt Saar) in Eurer letzten Ausgabe, der mir und auch einigen anderen Menschen übel aufgestoßen ist, weshalb ich mich dazu entschlossen habe, Euch eine “Gegendarstellung” zu schreiben. Mein Bedürfnis, diesen Brief zu schreiben, liegt keineswegs im Sektierertum oder einer Profilneurose, von der anscheinend Teile der Aktion 3.Welt Saar befallen sind, begründet, sondern mein Anliegen ist es, der verfälschenden Darstellung der Aktivitäten gegen die Gelöbnisfeier der Saarlandbrigade die Fakten gegenüberzustellen.

D.Fries schreibt beispielsweise, daß gegen das Gelöbnis knapp 350 Menschen protestierten. Diese Feststellung ist richtig und falsch zugleich. Es ist richtig, wenn er schreibt, daß ca. 350 Menschen dieses militaristische Spektakel nicht einfach hinnehmen und dem ihren Protest entgegensetzen wollten, doch er verschweigt, daß es unterschiedliche Motivationen und auch praktische Vorstellungen für diesen Protest gab, was sich u.a. darin äußerte, daß es zwei unterschiedliche Bündnisse, drei verschiedene Aufrufe und im Endeffekt zwei Demos gegen die Gelöbnisfeier gab.

Im Vorfeld hatte sich ein Bündnis "Demovorbereitung" in Saarbrücken gebildet, bestehend aus Gruppen der radikalen Linken und Einzelpersonen. Das Bündnis, das von der Aktion 3.Welt Saar initiiert wurde, umfaßte ein breites Spektrum von politischen Gruppen, u.a. DKP, VVN, Jusos, Grüne, PDS uvm., was schon die Unterschiedlichkeit der politischen Inhalte zwischen den beiden Bündnissen deutlich werden läßt ... (es folgt die Darstellung, wie die Demo bzw. Kundgebung gestaltet werden sollten; DRR) ... Da die Widersprüche zwischen den Bündnissen nicht zu klären waren, kam es schließlich zu zwei getrennten Demos, was in D.Fries‘Artikel allerdings mit keinem Wort erwähnt wird. Er betreibt also genau das, was das Losheimer Bündnis im Falle einer geschlossenen Demo mit einem Block an der Spitze befürchtet hatte: Die Vereinnahmung und somit nicht gewährleistete Wahrnehmung ihres Demoteils und damit der eigenen politischen Inhalte. Diesbezüglich wirkt das Bild, das in DRR 38 abgedruckt ist, einfach grotesk, denn genau gegen ein solches Erscheinungsbild der (ursprünglichen gemeinsamen) Demo hatte sich das Losheimer Bündnis ausgesprochen. (...)"

Ebenso liegt uns eine 5seitige Erklärung der “Autonomen Antifa Saarbrücken” vor; sie kann gegen Rückporto bei uns bestellt werden. An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt: **DER RECHTE RAND versteht sich als strömungsübergreifendes Projekt. Uns liegt es fern, antifaschistische Gruppen auf irgendeine Art auszugrenzen.**

Lorenz Knorr

Gedenktag für die Opfer des Naziregimes

Verkündete Botschaften und die Art des Umgangs mit historischen Fakten charakterisieren bei Gedenktagen die Interessenlage und das Geschichtsverständnis von Personen, Sozialgruppen und Institutionen. Die Kenntnis wesentlicher Fakten und historischer Zusammenhänge vermittelt bekanntlich für gegenwärtiges Denken und Verhalten prägende Orientierungen und notwendige Konsequenzen.

Es ist aber nicht das Geschichtsbewußtsein allein, das für Gegenwart und Zukunft wichtige politische Entscheidungshilfen bietet. Die erkannte objektive Interessenlage des einzelnen bzw. einer Sozialgruppe in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat schafft zusammen mit dem erarbeiteten Geschichtsbewußtsein einen Standort, der sichere Urteile über gesellschaftliche Ereignisse und Entwicklungen ermöglicht.

Wer in abhängiger, fremdbestimmter Arbeit oder in den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen anderweitig benachteiligt ist und ausgeplündert wird, produziert - entsprechendes Geschichtsbewußtsein vorausgesetzt - zu historischen Gedenktagen andere Einstellungen und Wertungen als Personen und Sozialgruppen, die als privilegierte Nutznießer oder skrupellose Machthaber in unserer Zeit wirken. Wer in der politischen Tradition derer steht, die als wirtschaftliche, politische, militärische oder kulturelle Helfershelfer des Nazi-Regimes wirkten, beurteilt die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts völlig anders als einer, der bewußt in der Tradition des antifaschistischen Widerstandes politisch tätig ist.

Diese formulierte Grundposition ist wichtig, um den seit Jahren andauernden Streit über die jüngere deutsche Geschichte, besonders die Bewertung der Nazi-Herrschaft und seiner antifaschistischen Widersacher besser durchschauen zu können. Die Herrschenden nehmen Gedenktage seit jeher zum Anlaß, um das persönlichkeitsbildende Geschichtsbewußtsein der Menschen zu manipulieren und die objektive Interessenlage zu verschleiern.

Jüngster Anlaß ist die Rede von Bundespräsident **Herzog** zum Gedenktag für die Opfer des Nazi-Regimes. Dieser Gedenktag wurde von ihm auf den 27. Januar festgelegt. Es ist der Tag, an dem die sowjetische Armee das KZ Auschwitz befreite. Dr. Herzog hielt seine Gedenkrede am 19.1.1996: Kein Beweis für den Respekt, der dem 27.1. und den Opfern des Nazi-Regimes geschuldet ist!

Auf diese Rede einzugehen wäre nicht notwendig, würde ihre Botschaft - vermittelt durch die konformen Massenmedien - nicht ins gesellschaftliche Bewußtsein dringen. Wenn aber, wie geschehen, politische Irreführungen zu falschen Konsequenzen verleiten, ist in Wort und Tat gegenzuhalten! Weil reale und dauerhafte Erfolge antifaschistischer Politik nur unterstützt vom gesellschaftlichen Bewußtsein möglich sind, ist die Dominanz eines manipulierten Bewußtseins eine massive Barriere für den sozialen Fortschritt, die es zu überwinden gilt. Aufklärung ist erforderlich. Also ist mit vereinten Kräften jener Geschichtsklitterung entgegenzuwirken, wie sie vor allem rechtskonservative Kräfte forcieren: oft übereinstimmend mit neofaschistischen Ideologie-Teilen. Faktengestützte politische Inhalte von Gedenktagen sind zu vermitteln.

Dr. Herzog ignoriert antifaschistischen Widerstand

Zu den Fakten gehört: die ersten Opfer des verbrecherischen Nazi-Regimes waren deutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftsfunktionäre vor allem, aber auch christliche und patriotische Nazi-Gegner bezahlten ihren aktiven Widerstand mit erlittener Folter, mit „Schutzhaft" und Tod: Frauen wie Männer. Ziel dieses Widerstandes war reale Humanität in einer gerechten, ausbeutungs- und kriegsfreien Weltgesellschaft. Schon vor 1933 stritten deutsche Antifaschisten gegen Machtverhältnisse, deren Sprecher die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Demokratie sowie Raubkriege programmatisch verkündeten. Die gesellschaftlichen Wurzeln von Faschismus und Krieg wollte die Linke ausrotten. Gekämpft wurde nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen deren Steigbügelhalter in Industrie und Generalität.

Das Ermächtigungsgesetz Hitlers vom 23.3.1933 machte die Fronten noch einmal klar: alle bürgerlichen Parteien unterstützten es, als Terror und Mord längst Alltagspraxis waren! Es folgte die - von Herzog ebenfalls verschwiegene! - „Arisierung der deutschen Wirtschaft", die Kriegsvorbereitungen und die Judenpogrome. Hitler wollte nicht nur das „Judentum", sondern auch den „Marxismus und seine politischen Träger" ausrotten lassen! Stets war das deutsche Großbürgertum mitverantwortlicher Nutznießer des Nazi-Terrors.

Der Bundespräsident ignoriert in seiner „Gedenkrede" für die Opfer des Nazi-Regimes die deutschen Antifaschisten. Willkürlich bestimmt er, wer zu den Opfern gehört und wer nicht! Die im Ausland durchaus gewürdigte historische Leistung des Antifa-Widerstandes in Deutschland ist ihm der Ehrung nicht wert!



Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik auf dem Friedhof Pere Lachaise in Paris

Zweifellos brachten jüdische Mitmenschen mit ca. 6 Millionen Toten das größte Blutopfer. Auschwitz bleibt das Symbol für den geplanten und perfektionierten Massenmord und für die historische Einmaligkeit der Nazi-Verbrechen. Das darf niemand unterschätzen. Dr. Herzog konzentriert sich jedoch nur darauf, als wäre das Bedauern der Holocaust-Opfer eine Eintrittskarte in den privilegierten Club der Atom-Weltmächte! Es klingt wie Hohn, adressiert an den antifaschistischen Widerstand, wenn er fälschlich feststellt: „Nicht einmal Gefährlichkeit für das System oder Gegnerschaft zum System waren die Selektionskriterien", nach denen „ausgerottet" wurde. Ausschließlich den „rassistischen Terror" prangert Dr. Herzog an.

Lediglich als Zeugen gegen die „Kollektivschuld des deutschen Volkes" und reduziert

auf diese abwertende Alibi-Funktion erwähnt Herzog jene, „die Leben, Freiheit und Gesundheit" im Kampf gegen den Faschismus gaben. Das ist erniedrigend und beleidigend für alle, die aktiv contra Faschismus und Krieg wirkten.

Ist es nur konservativ-elitäre Borniertheit, die zu solchen Fehlurteilen führt? Keineswegs! Obwohl der Bundespräsident gemäß Amtseid verpflichtet wäre, „Gerechtigkeit gegenüber jedermann" zu üben, vertritt er knallhart die Sonder-Interessen der besitzenden und herrschenden Klasse Deutschlands. Würdigte er nämlich den Antifa-Widerstand faktengerecht, geriete er - mit materiellen Folgewirkungen - in Widerspruch zur konservativen Politik im Kalten Krieg. Mit dieser wurden Antifaschisten rechtswidrig verfolgt und bestraft, während man Nazi-Kriegsverbrecher und -Amtswalter rehabilitierte und reaktivierte! Will man verhindern, daß Faschismus und Krieg mit ihren gesellschaftlichen Wurzeln ausgerottet werden, darf man jene nicht ehren, die vor und nach 1933 solches auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Welche Konsequenzen müßten die Deutschen aus ihren speziellen geschichtlichen Erfahrungen ziehen, würde man jene beim Namen nennen, die Hitler zur Macht verhalfen und daraus beachtlichen Nutzen zogen?

Faschismus nur ein moralisches Fehlverhalten?

Höhepunkt präsidialer Irreführung ist die Klassifizierung des Faschismus als „das Böse", also moralisches Fehlverhalten vieler Deutscher! Die einmaligen faschistischen Gewaltverbrechen eine Folge davon, daß die Menschen „böse" waren? Politische und wirtschaftliche Interessen sowie sozialstrukturelle Ursachen von Terrorherrschaft und Raubkriegen rückt Dr. Herzog ins Dunkel. Wer profitierte an der „Arisierung der deutschen Wirtschaft"? Wer an den KZs einschließlich Auschwitz? Wem nützte die Zerschlagung von Arbeiterbewegung und bürgerlicher Demokratie? Wer profitierte an den Raubkriegen und an der barbarischen Okkupation anderer Völker und Staaten?

„Schuld ist immer höchstpersönlich ... sie vererbt sich nicht" erklärt Herzog. Nahegelegte Schlußfolgerung: die Schuldigen sind tot; wir Nachfolger haben mit faschistischen Verbrechen nichts zu tun! Welche Klasse, welche Parteien aber sind für die Massenarbeitslosigkeit, soziales Elend, Perspektivlosigkeit und Volksverhetzung vor 1933 verantwortlich, die erwiesenermaßen den Faschismus begünstigten? Gründete die nazistische Terrorherrschaft nicht auf traditionelle deutschnationale, konservative und nationalliberale Ideologie und Praxis? Gehörte die „Konservative Revolution" nicht zu den Wegbereitern des „Dritten Reiches" des Nazis? Die Kontinuität von der Wilhelminischen Expansions- und Machtpolitik bis zur Gegenwart wird vorsorglich vernebelt. Das Erkennen dieser Kontinuität hilft nämlich, die Gegenwart besser zu verstehen.

Herzog warnt vor „Rassismus und Totalitarismus". Nach gängiger Fehlinterpretation von „Totalitarismus" wirft er Faschismus und Kommunismus in einen Topf, also Täter und Opfer!

Die „Lehren aus der Erinnerung" sieht Herzog im Grundgesetz der BRD formuliert; „Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte, Würde des Menschen". Sehr aufschlußreich: den Sozialstaatsauftrag erwähnt er nicht! Wie aber steht es mit der konträren gesellschaftlichen Wirklichkeit, die vor allem die Konservativen zu verantworten haben? Erinnern Massenarbeitslosigkeit, soziales Elend, Perspektivlosigkeit und Volksverhetzung nicht an die Zeit vor 1933? Wirken „Neofaschismus in den Köpfen" und Rassismus nicht vor allem deshalb, weil ihre gesellschaftlichen Wurzeln unausgerottet blieben? War das Grundgesetz ursprünglich nicht antimilitaristisch und antikriegerisch angelegt? Wer änderte das? Und warum? Wer praktiziert im Widerspruch zu allen geschichtlichen Lehren militärische Interventionen in anderen Staaten und Kontinenten?

Welchen Wert - außer den der Irreführung - hat Herzogs Würdigung des „Rechtsstaates", wenn die Bundesregierung nach innen und außen laufend eine Politik des „Macht vor Recht" praktiziert? Welches Demokratieverständnis offenbart Herzog angesichts der Tatsache, daß die Mit- und Selbstbestimmung des Volkes in den Schicksalsfragen ständig verhindert wird? Wo bleiben die Menschenrechte auf Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, wie sie die UNO-Konvention fordert?

Herzog predigt für eine „andere Republik"

Der verfassungsrechtlichen Stellung entsprechend darf der Bundespräsident „nicht der Vertreter einer Partei oder Interessengruppe sein". Kein anderer Bundespräsident mißbrauchte sein Amt derart wie Dr. Herzog, um politische Inhalte für eine „andere Republik" im Bewußtsein der Menschen zu verankern als die, die als Folge von Krieg und Faschismus entstand.

Ob bei seiner „Einsatz-von-Leib-und-Leben"-Rede am 13.3.1995, ob bei seiner Huldigung für den Terror- und Kriegsverherrlicher **Ernst Jünger** am 29.3.1995, ob bei seiner historische Wahrheiten vernebelnden Rede zum 50. Jahrestag der Befreiung oder beim Gedenktag für die Opfer des Nazi-Regimes: Dr. Herzog vermittelt zielstrebig ein Geschichtsbewußtsein, das verhindert, gesellschaftliche Wurzeln von Krieg und Faschismus auszurotten. Die Sonder-Interessen der besitzenden und herrschenden Minderheit setzt er vor die geschichtlichen Fakten. Ist „dem Wohle des deutschen Volkes" gedient, sein Nutzen gemehrt, Schaden von ihm abgewendet, wie es der Amtseid verlangt, wenn durch irreführende Geschichtsdarstellung jene Konsequenzen verhindert werden, die aus Faschismus und Krieg zu ziehen wären?

Die Reden des gegenwärtigen Bundespräsidenten reflektieren nicht nur den seit 1990 verstärkten Rechtstrend, sie verstärken diesen auch: durch Festklopfen von Positionen im gesellschaftlichen Bewußtsein, die eine weitgehende Anpassung von Denken und Verhalten des Volksmassen an die Interessen der privilegierten Oberschicht bewirken. Abbau des politischen Widerstandes gegen die Bonner Politik der Minimierung sozialer und demokratischer Rechte und gegen die Militarisierung nach innen und außen ist das Ziel.

Verstärkter Widerstand gegen solche Reden und Pläne ist nötig!

Der Antifaschismus hat eigene Inhalte und Aussagen zu den Gedenktagen!

JF-Sommeruniversität

Trotz des Reinfalls vom vergangenen Jahr will die "Junge Freiheit"(JF) auch 1996 wieder eine "JF-Sommeruniversität" anbieten. Sie soll vom 21.-28. Juli in Österreich stattfinden. Da 1995 die Teilnehmerzahl zu wünschen übrig ließ und die "Sommeruniversität" der "Jungen Freiheit" nach zwei Tagen mit "einem organisatorischen Fiasko" endete, wird in der aktuellen "JF-intern" mit veränderten Konditionen für die bisherige Kaderschulung geworben. "Sie wird wesentlich günstiger ausfallen als letztes Jahr und auch touristische Attraktionen bieten". Die erste "JF-Sommeruniversität" wurde 1993 in Ravensburg und Konstanz durchgeführt. Intendiert war mit der jährlichen Hochschulwoche ein "Aufbruch zu einer konservativen Revolution".

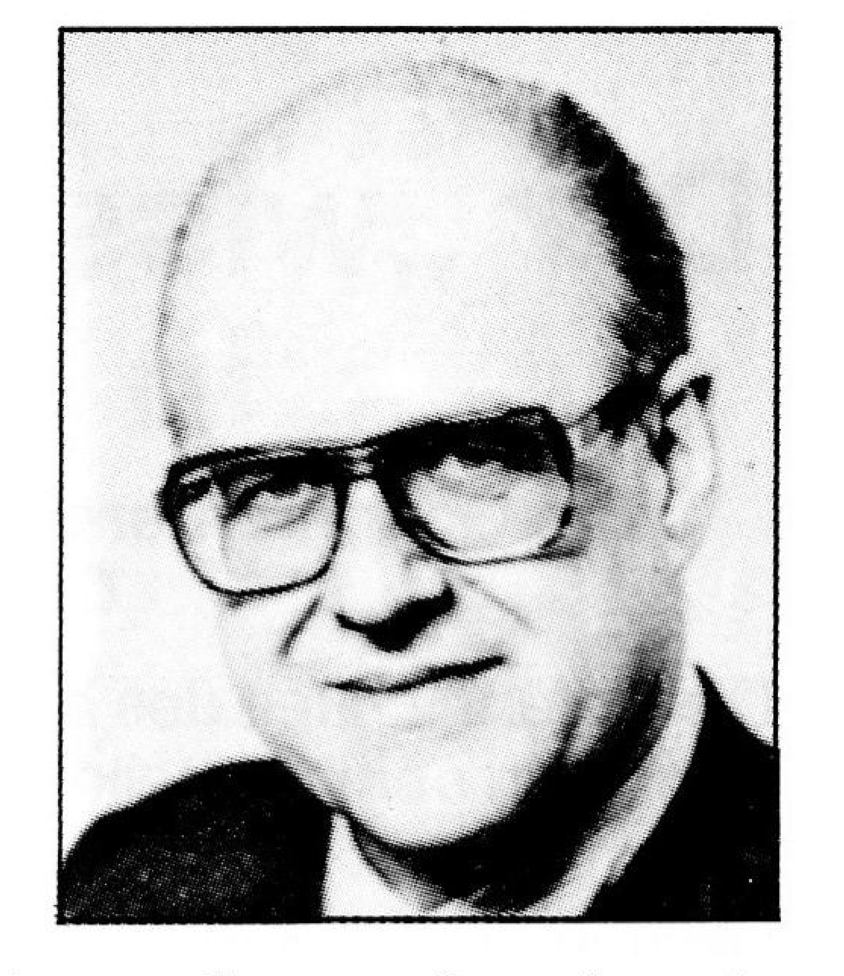


Umbesetzung bei "Junger Freiheit"

In den vergangenen Wochen gab es einige personelle Änderungen bei der rechten Wochenzeitung "Junge Freiheit" (JF). Die Berlin-Seite übernahm, so die aktuelle Ausgabe der "JF-intern", **Patrick-Neuhaus** (26) von **Martin Otto** (27). Nach knapp drei Jahren verließ **Andrzej Madela** (38) die JF. Er trat im Juni 1993 der Redaktion als Chef vom Dienst bei und betreute Schlußredaktion und Forum der JF. Madelas Nachfolger wird der Göttinger **Hans Bekker von Sothen** (34), der in der Vergangenheit auch schon für den JF-Buchvertrieb zuständig war. Immer noch gesucht werden feste freie JF-Korrespondenten für Norddeutschland, Düsseldorf, Thüringen/Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und den Süden der Bundesrepublik. Für 1996 hat sich die "Junge Freiheit" um Chefredakteur **Dieter Stein**(28) das ehrgeizige Ziel gesteckt, 10.000 neue Leser zu werben.

Raimund Hethey

Das Testament des Dr. Armin Mohler: „Ich bin ein Faschist“



Der 76jährige Schweizer Dr. Armin Mohler hat in einem Interview mit dem Leipziger Volksblatt zugegeben, daß er ein Faschist sei. Zahlreiche Wissenschaftler und AntifaschistInnen (vornehmlich aus dem sozialdemokratischen Spektrum) bezeichneten Mohler gerne als zentrale Figur der „Neuen Rechten“, ohne ihn in die Tradition des Faschismus zu stellen. Mohler hat das nun mit einem Satz klar gestellt.

In **Mohlers** Biographie gibt es genügend Anhaltspunkte, die für die Annahme sprechen, daß er sich seit 1942 als „veritabler Faschist“ (Claus Leggewie) fühlt und engagiert. Mit zweiundzwanzig hielt es den Beamtensohn und Studenten der Kunstwissenschaft nicht mehr in der Schweiz. Er wollte unbedingt mit den deutschen Faschisten gegen den großen Feind im Osten kämpfen. Sein Versuch, mit Hilfe von guten Kontakten zum SS- Hauptamt als „Kriegsfreiwilliger“ angenommen zu werden, scheiterte freilich. Mohler ging zurück in die Schweiz. Voller Wut über das Attentat auf den „Führer“ schrieb er am 3.9.1944 in der Wiener Ausgabe des „Völkischen Bobachter(s)“: „Jeder, der sich gegen den Geist des Krieges versündigt, muß vernichtet werden.“

Wer sich so engagiert muß mit Leib und Seele dabei sein. Trotzdem ist im Munzinger Archiv folgendes Kuriosum zu lesen: „Nach jugendlichen Sympathien für die äußerste Linke (angeregt durch den Kontakt mit deutschen Emigranten) und Wehrdienst in der Schweizer Armee während des Zweiten Weltkrieges ging M. Anfang 1942 unter dem Eindruck des Rußlandkrieges 'schwarz' als Kriegsfreiwilliger nach Deutschland. (...) Auf Grund enttäuschender Erlebnisse wurde er jedoch nicht Soldat, sondern kehrte nach kurzem Studium in Berlin Ende 1942 legal in die Schweiz zurück, wo ihn Militärgericht und Festungshaft erwarteten. Danach fand er mehr und mehr aus einer links-extremen zu einer konservativen Position.“ Ein Links-Extremer mit der Waffen-SS gegen die Sowjetunion?

Nach dem Krieg promovierte er mit einer Studie über die „Konservative Revolution in Deutschland 1918-1933“ in Basel bei Karl Jaspers und Hermann Schmalenbach. Sein Buch war, wie er im Vorwort vermerkt, „nicht allein der wissenschaftlichen Entdeckerfreude entsprungen. (...) Erstens wollte ich einen persönlichen Irrtum klären: beim Kennenlernen des Dritten Reiches im Jahre 1942 identifizierte ich noch naiv Nationalsozialismus (NS) und KR [Konservative Revolution]. Das erwies sich jedoch bald als falsch, und ich wollte den Unterschied der beiden Mentalitäten erkennen. Zweitens sollte das Buch eine Hilfe für die rechte Intelligenz in Deutschland sein. (...) Die Art, wie sie nach Kriegsende ohne Unterscheidung diskriminiert wurden, stieß mich ab - insbesondere auch deshalb, weil diese Männer keine Möglichkeit einer Verteidigung hatten.“ Wie, **Ernst Jünger, Karl Haushofer** und **Carl Schmitt** konnten sich nicht verteidigen? Diese drei Anstifter des Faschismus nennt Mohler in seinem Vorwort als Opfer des stalinistischen „Faschismus“-Begriffs (Mohlers Schreibweise!). Deshalb das Buch und deswegen auch die Arbeit bei Jünger von 1949 bis 1953 als dessen Privatsekretär. Immer mehr Männer mußte Mohler unter dem Mantel der „Konservativen Revolution“ verstecken. Sein Hauptwerk wuchs von Auflage zu Auflage: erste Fassung 288, zweite (1972) 584 und die dritte (1989) 715 Seiten. Die Gründe der Trennung von Jünger fanden jüngst in der Jungen Freiheit literarischen Niederschlag. Ein **Winfried Knörzer** behauptete, Frau Gretha Jünger habe Mohler aus dem Haus geschmissen, nachdem er beim Bücherklau erwischt worden sei. Ernst Jünger hat dieser Version widersprochen. „Das ist ein Irrtum; ich bitte ihn zu berichtigen. Armin Mohler verließ unser Haus, in dem er vier Jahre lang zu beiderseitiger Zufriedenheit tätig gewesen war, weil ihm ein Posten als Auslandskorrespondent in Paris bei der renommierten Schweizer Zeitung DIE TAT angeboten worden war.“ Richtig, Mohler war ab 1953 als Auslandskorrespondent verschiedener deutscher, schweizerischer und österreichischer Blätter in Paris. Er arbeitete u.a. für „Die Tat“ (Zürich), für „DIE ZEIT“ (Hamburg), für „Christ und Welt“ und für „Die Furche“ (Wien), die damit faktisch seine Aufbauarbeit der französischen „Nouvelle Droite“ finanzierten. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland (1961) schrieb er vor allem für „Christ und Welt“ und für die „Welt“. Er bediente sich verschiedener Pseudonyme: Er wurde zu **Anton Madler** (DIE WELT), **Michael Hintermwald** (Bayernkurier und/oder „Deutsche Nationalzeitung“) und zu **Nepomuk Vogel**.

Von 1961-1985 arbeitete er für die „Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung“ in München, ab 1964 als Geschäftsführer. Bis 1970 fungierte er als Berater von **F.J. Strauss**. Begleitet wird diese politische Arbeit von reger publizistischer Tätigkeit im Bereich des Neo-Faschismus, z.B. bei CRITICON, „Junges Forum“; „Fragmente“; „Wir Selbst“.

Am 12. Januar 1982 strahlte der Südwestfunk einen Beitrag zur französischen Rechten aus. Der Redakteur Gerhard Adler ließ Mohler über seine Kneipenerlebnisse mit Benoist und Konsorten schwadronieren. Mohler wurde eine (schleichende) Verherrlichung faschistischer Positionen vorgeworfen. Während sich der direkte Vorgesetzte von der Sendung distanzierte, stellte sich der Chef vom SWF vor seinen Redakteur. Der Vorfall wuchs zum Skandal. Der Kulturchef der „ZEIT“ Fritz J. Raddatz damals über Mohler: „Was also ist Mohlers Position, die man verteidigen oder bekämpfen kann - die zu äußern aber sein Recht sein sollte? Mit Sicherheit nicht die eines „Nazi“. Das zu Tode gerittene Wort sollte, außer zur historischen Positionsbestimmung, also: in Polemiken mal für eine Weile aus dem Verkehr gezogen werden. Dieser Vorwurf - auch der des „Faschisten“ - gegen Mohler ist ressentimentgeladen, unsauber. Das inzwischen justitiable Wort „Auschwitzlüge“ habe ich bei ihm nicht gefunden. Und sein Wort vom „Bewältigungsrummel“ - denkt man an die Schmalzsäule „Holocaust“ - ist so falsch nicht.“

Im Juli 1984 äußerte sich Mohler in einem Leserbrief in der FAZ: „Wäre ich 1933 ein junger Deutscher gewesen, so hätte ich mich selbstverständlich für die Nationalsozialisten entschieden. (Ob ich dabei bis zum Ende des Dritten Reiches geblieben wäre, ist eine andere Frage.)“

Auf den Außendeckel seines Buches „Der Nasenring - Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung“, das 1989 im faschistoiden Verlag Heitz & Höffkes erschien, ist das Raddatz - Zitat abgedruckt. Verleger und Mohler empfanden es als Lob. Im Buch selbst schließt sich Mohler den Auschwitz-Leugnern um das Fred Leuchter-Gutachten an.

In einem Interview mit Fred David von der Leipziger Volkszeitung, antwortet Mohler auf die Frage: „Sind Sie ein Faschist?“ „Ja, im Sinn von Jose Antonio Primo de Rivera.“ [Gründer der spanischen Falange]

In der September-Ausgabe der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte“ (1995), die **Peter Glotz** als Chefredakteur managt, kommt fast die gesamte Riege der sozialdemokratischen Verharmloser zu Wort. Hier werden nun **Gottfried Benn, Ernst Jünger, Armin Mohler, Ernst Niekisch, Ernst Nolte, Carl Schmitt, Botho Strauß** und selbst der Ullstein-Verlag als brave „(National) Konservative“ präsentiert, mit denen die Sozis gemeinsam gegen rechts kämpfen wollen.

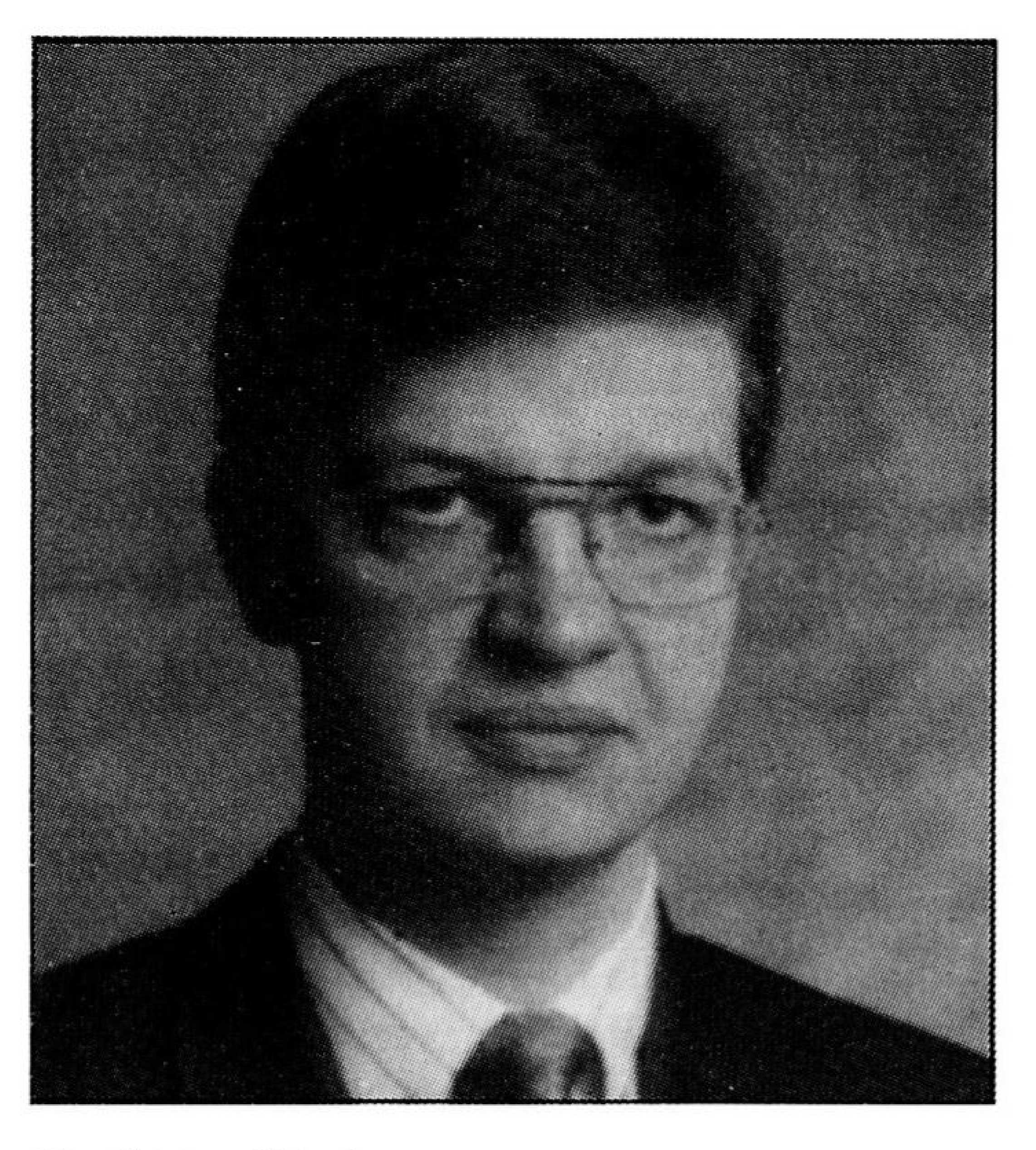
Fassen wir zusammen: Mohler, von Extremismusforschern gerne als „Brücke“ oder „Scharnier“ zu den Konservativen bezeichnet, ist ein Faschist im Sinne der spanischen Falange. Sein Zögling **Karlheinz Weißmann**, der sich bei der Neuauflage der „Konservativen Revolution“ 1989 zusammen mit dem amtierenden Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, **Heinrich Meier**, als Hilfskraft betätigte, erklärte im Dezember 1995 gegenüber der Deutschen-Presse-Agentur (dpa): „Ich bin kein Vertreter der 'Neuen Rechten'.“ Alles Falangisten? Und was macht Peter Glotz?

Dr. Ulrich Schneider

Der „wissenschaftliche“ Weg in den Abgrund

Ein Geschichtsrevisionist in der renommierten Propyläen Geschichte Deutschlands:

Die Gefährlichkeit des akademischen Geschichtsrevisionismus liegt nicht so sehr in seiner intellektuellen Potenz, als vielmehr in seiner Fähigkeit, sich im etablierten Geschichtsbetrieb häuslich einzurichten. Das beste Beispiel dafür liefert Rainer Zitelmann, der als Lektor für das politische Sachbuch im Ullstein Verlag verantwortlich dafür zeichnet, daß Geschichtsrevisionisten verschiedener Couleur in diesem einstmals renommierten jüdischen Verlag veröffentlichen können. Ob es sich um den Anti-Antifa-Experten Hans-Helmut Knütter handelt oder um den kanadischen Hobbyhistoriker James Bacque, der in seinem neusten Band über die allierten Nachkriegsverbrechen schwadroniert.



Karlheinz Weißmann

Von besonderer Qualität ist jedoch der jüngste Coup, den Göttinger Geschichtslehrer **Karlheinz Weißmann** zum Autor der Propyläen Geschichte Deutschlands zum Thema NS-Zeit zu berufen. Weißmann war bisher als Autor von „Mut“, „Junge Freiheit“, als Unterzeichner des „Berliner Appells“ und des 8.Mai-Aufrufs „Gegen das Vergessen“ und geschichtsrevisionistischer Elaborate hervorgetreten. Zwar protestierten im nachhinein Herausgeberkreis und Mitautoren anderer Bände gegen diesen Co-Autor. Doch Weißmann konnte sich auf seinen „Freund **Rainer Zitelmann**“, der ihn erfolgreich in diese Position lanciert hatte, verlassen.

Weißmann möchte mit seiner Darstellung einen Beitrag gegen jene „Art volkserzieherischen Konsens“ liefern, den er und andere jüngere akademische Geschichtsrevisionisten - in der Nachfolge von **Armin Mohler** - in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft ausgemacht haben. Schon die „Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“ 1990 waren der Versuch, gegen eine „Volkspädagogik“, die eine prinzipielle Verurteilung des NS-Regimes beinhaltet, Sturm zu laufen.

Als Antithese formuliert Weißmann, daß in seinem Band dieses Regime „als Verwirklichung einer Weltanschauung begriffen (wird), die seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in den entwickelten europäischen Staaten Anhänger gefunden hatte.“ - Der deutsche Faschismus als erste europäische Bewegung, diese These ist nicht mehr weit von der Selbstdarstellung der SS als „erste europäische Armee“ entfernt.

Überhaupt ist es augenfällig, daß sich der Autor der Faszination des faschistischen O-Tons nicht entziehen kann. Wie schon Zitelmann in seiner Dissertation über Hitler als „Revolutionär“ zitiert auch Weißmann seitenweise Hitler und andere Nazigrößen, wobei er sowohl in der Auswahl als auch in der spärlichen Kommentierung jegliche kritische Distanz vermissen läßt. Möchte auch er sich etwa in Hitler „hineinfühlen“, sein Denken „aus sich selbst heraus“ verstehen ? - Für einen Historiker ein ungewöhnliches Unterfangen.

Diese Distanzlosigkeit gegenüber dem historischen Gegenstand bringt ganz neue Erkenntnisse über das Ende der Weimarer Republik: So habe es - nach Weißmann - „im eigentlichen Sinne keine 'Harzburger Front' gegeben“, diese habe nur in der Einbildung **Hugenbergs** existiert. Die Vorbereitung des NS-Terrors, die „Boxheimer Dokumente“ 1931 von Dr. **Best**, seien Pläne „für den Fall eines kommunistischen Umsturzversuches“ gewesen. Überhaupt sei die Hauptgefahr für die Weimarer Republik von der kommunistischen Bedrohung ausgegangen.

Gegenüber der Behauptung der Linken, Großkapital, Großagrarier und Großbanken hätten Hitlers Machtanspruch im November 1932 unterstützt, weiß Weißmann: „Von einer im Hintergrund wirksamen Beeinflussung des Geschehens durch die Großindustrie kann keine Rede sein“. Und **Kurt von Schröder**, in dessen Haus die letzten Verhandlungen zur Machtübertragung an die NSDAP liefen, war nur „eine relativ bedeutungslose Gestalt“.

So vorbereitet, läßt sich auf die ersten Jahre der faschistischen Herrschaft in Deutschland ein neuer Blick wagen: Die Jahre 1933-1935 seien der „Beginn eines Prozesses, der sich in den kommenden eineinhalb Jahren als scheinlegaler Umsturz vollzog: die schrittweise Aushöhlung des parlamentarischen Systems bei anhaltendem Bemühen, den Anschein von formaler Rechtlichkeit zu wahren“. Selbst jede noch so konservative Darstellung sieht als faktische Aufhebung jeglicher Rechtlichkeit die Ermächtigungsgesetze vom Frühjahr 1933 an. Die Verfolgung aller politischen Gegner, die Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften, die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens vollzogen sich nicht schrittweise, sondern in einer Massivität, die keinerlei Rechtlichkeit enthielt. Doch für Weißmann hatten die Maßnahmen bis zum 5.März - man denke nur an den Reichstagsbrand und die anschließende Verhaftung von 10.000 politischen Gegnern - „oft etwas Tastendes“. Die Rechtlichkeit Hitlers drückte sich dagegen darin aus, daß „die Staatsorgane begannen, die 'wilden' Konzentrationslager aufzulösen, bis einige wenige 'staatliche' übrig blieben.“ Besonders pervers ist der Umgang mit den antisemitischen Ausschreitungen in diesem Kontext. Hitler wollte so nur dem „Aufstieg“ der deutschen Juden ein Ende setzen.

Wie überall ist Quantität auch Ausdruck für inhaltliche Prioritätensetzung. So ist es auffällig, daß dem Autor die Auseinandersetzungen mit der SA um den 30.Juni 1934 neun Seiten wert sind, der Kirchen- und Kulturkampf, worunter er die Gleichschaltung des kulturellen Lebens und die Vertreibung aller kritischen Künstler versteht, acht Seiten, das Verhalten und die Auflösung der Parteien 1933 nur zwei Seiten, wobei er beide Arbeiterparteien zusammen auf einer Seite abhandelt. Ähnliche Prioritätensetzung findet man bei der Beschreibung der Nazigegner, die man sinnigerweise unter dem Kapitel „Feinde der Volksgemeinschaft“ suchen muß. Dort reichen ihm 25 Zeilen für den Widerstand der KPD, ein ähnlicher Rahmen bleibt für SPD und Gewerkschaften, wohingegen **Gregor Strasser** und **Ernst Niekisch** sich auf etwa 3 Seiten der Aufmerksamkeit und erkennbaren Sympathie des Verfassers erfreuen.

Wem es bisher nicht geläufig war, der erfährt es hier: die NS-Wirtschaftspolitik war „Wirtschaftswunder und Sozialstaat“. Auch hier erfahren wir neue Erkenntnisse: Der Mefo-Wechselbetrug wird bei Weißmann als „erprobtes Konzept“ verkauft, zwar seien die Großunternehmen durch Schacht bevorzugt worden, doch „die Vollbeschäftigung ... fand Kritik aus den Reihen der Industrie, wo man den Sinn von Großprojekten, die der Arbeitsbeschaffung dienten, nicht einsehen wollte.“ Fast schon schwärmerisch erzählt Weißmann von der DAF/Kraft durch Freude und den Ansätzen der „Konsumgesellschaft“.

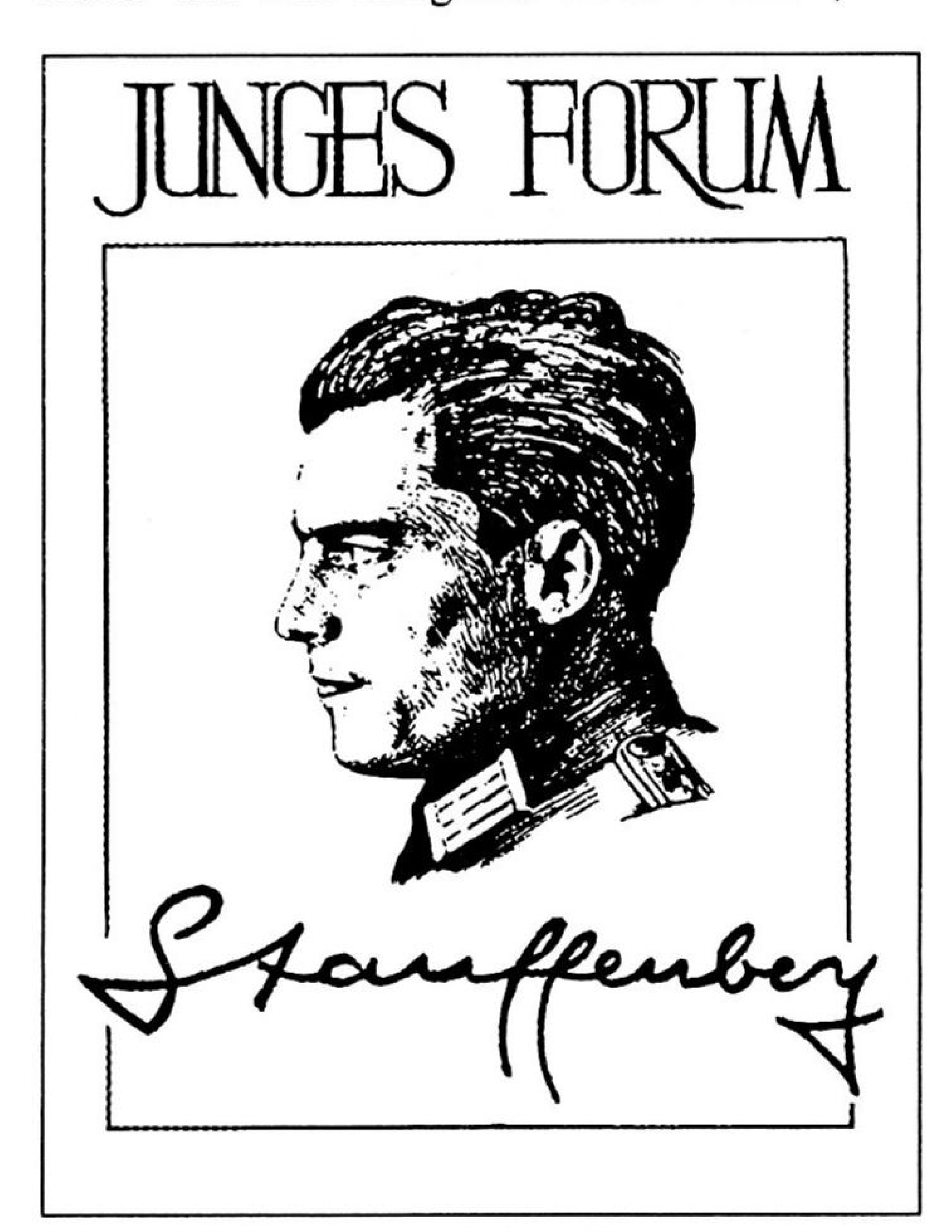
Interessant ist seine Bewertung der Rolle der Industrie in der Kriegsvorbereitung. Für ihn begann, da der Vier-Jahresplan von 1936 keine Rolle spielte, die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung erst 1938/39. Er belegt dies damit, daß von 1933-1939 für Investitionen im zivilen Sektor 100 Mrd.RM, für die Wehrmacht „nur“ 62 Mrd.RM Investitionen zur Verfügung gestanden hätten. Wenn man jedoch bedenkt, daß zum „zivilen Sektor“ auch die Autobahnen und andere Logistikbereiche gehörten, dann verschieben sich die Gewichte doch erheblich.

Um diese seine Position richtig ins Bild zu bringen, verteilt er auch die Gewichte in seiner Publikation. Etwa zweidrittel der Textsei-

ten widmet er den Jahren 1933-1939, ein Viertel der Kriegszeit und den bescheidenen Rest der Vorgeschichte. Formulierte Konsequenzen aus den 12 Jahren verbrecherischer Herrschaft sucht man bei Weißmann vergebens.

Weißmann ist klug genug, seinen Revisionismus hinter methodischen Kunstgriffen zu verstecken. So benutzt er - scheinbar als Beleg seiner eigenen Position - wahllos Zitatschnipsel von anerkannten Sozial-, Wirtschafts- und Zeitgeschichtlern. Er scheut sich nicht, solche Wortfetzen von Götz Aly, Timothy Mason, Martin Broszat, Wolfgang Benz und anderen zu übernehmen. Selbst die Ergebnisse der Alltagsgeschichtsforschung tauchen bei ihm als Bestätigung der „positiven Seiten" der NS-Herrschaft auf.

Und um nicht selber Position zur rassistischen Vernichtungspolitik beziehen zu müssen, zitiert Weißmann als ganzseitiges Dokument eine Auflistung aus dem Umfeld des Instituts für Zeitgeschichte über die Konzentrations- und Vernichtungslager und die bisher historisch gesicherten Zahlen der Opfer. Seine eigene Meinung zum Rassismus des NS-Regimes findet man aber auch in der Darstellung: Während er der Behandlung von Sinti und Roma oder Slawen als „Untermenschen" nur eine marginale Rolle beimißt, er-



Schon 1982 veröffentlichte Weißmann im nationalrevolutionären Blatt Junges Forum

findet er für den antisemitischen Rassismus den Euphemismus „Ende der jüdischen Emanzipation". Bei den Nürnberger Gesetzen fällt ihm nur auf, „wie sehr Hitler die Rassegesetzgebung der Vereinigten Staaten als vorbildlich empfand". Weißmann leugnet zwar nicht direkt die Massenvernichtung durch Gaskammern, sieht jedoch die „Endlösung" im eigentlichen Sinne als „das Ergebnis von selbstgeschaffenen 'Sachzwängen' und einem Erwartungsdruck, der durch die antisemitische Rassenideologie immer neu aufgebaut und verstärkt wurde." Man (wer auch immer das sein soll) konnte eigentlich überhaupt nichts mehr dagegen machen. Ähnlich wie viele „Mitläufer" des NS-Regimes, die den Widerspruch zwischen grundsätzlicher Zustimmung und Kritik an Erscheinungsformen in den Satz kleideten: „Wenn das der Führer wüßte !", formuliert auch Weißmann: „Niemand weiß, ob Hitler sich jemals ausführlich über die Massentötungen berichten ließ oder Fotos von den Exekutionen der Einsatzgruppen kannte, ähnliches gilt von Himmler."

Kriegsverbrechen der Wehrmacht sind auch von ihm nicht zu leugnen. Doch „die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen in der Sowjetunion stand insofern in Zusammenhang mit der außerordentlich schwierigen militärischen Situation, in der sie sich angesichts der Ausdehnung des Gebietes und der Feindseligkeit der Bevölkerung befand." Weißmann wundert sich offensichtlich, daß die Völker der Sowjetunion die Okkupation nicht als Befreiung gefeiert hätten. Fast schon lobend hatte er doch vorher den Beitrag der europäischen Hilfswilligen für die SS beschrieben, den Grundstock für einen neuen „europäischen Gedanken". Doch ein solches SS-Europa wurde zum Glück nicht Realität.

Die Opfer waren - wen würde es bei einer solchen Tendenz verwundern - die Deutschen. Sie wurden Opfer alliierter „Terrorangriffe", eines der liebsten Themen des britischen Revisionisten **David Irving**, oder fielen „für Deutschland". Folgerichtig erklärte Weißmann auch in dem Papier zum 8.Mai - „Gegen das Vergessen", daß dieser Tag kein „Tag der Befreiung" gewesen sei, sondern man nunmehr der „Vertreibungsopfer" gedenken müsse. Denn „Niemals zuvor hat ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die doch in seinem Namen begangen wurden", resümiert Weißmann. Und wer bereits gebüßt hat, der kann sich nunmehr frei von Schuld - und damit auch Verantwortung - wähnen. Klarer konnte Weißmann sein revisionistisches Ziel nicht ausdrücken.

Mit dieser Publikation wurde der Weg der Revisionisten in die etablierte Historikerzunft geebnet. Damit er noch breiter wird, verpflichtete Zitelmann seinen Freund **Eckhard Jesse** als Autor des Bandes über die unmittelbare Nachkriegszeit. Als Historiker hat er sich dafür bisher in keiner Weise ausgewiesen. Als Wegbereiter des Geschichtsrevisionismus hingegen hat er sich bereits einige Meriten verdient. In seinem Beitrag zum Sammelband „Die Schatten der Vergangenheit", der unter dem Titel „Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus" lief, überrascht er mit der These, daß eine - wie er sie nennt - „selbstquälerische Form der Vergangenheitsbewältigung" eine „nachhaltige Hypothek für die politische Kultur in der Bundesrepublik" bedeute.

Er tritt dafür ein, die Thesen der Auschwitz-Leugner wie Stäglich und Co. wissenschaftlich ernstzunehmen und ist dagegen, sie juristisch zu verfolgen, denn - so seine Begründung: „Erstens ist Bevormundung des Bürgers, dem fehlendes Urteilsvermögen unterstellt wird, kein Beleg für Liberalität; zweitens sieht sich der Rechtsextremismus bestätigt, und Außenstehende könnten glauben, an den Thesen Stäglichs sei `doch etwas dran'."

Jesses Offenheit gegenüber Rechtsextremismus zeigt sich auch in seiner Kritik an der öffentlichen Verurteilung des Korschenbroicher Bürgermeisters, der mit antisemitischen Sprüchen Stimmung gemacht hatte. Jesse behauptet nun, daß „die überzogenen anti-antisemitischen Reaktionen auf den erwähnten Ausspruch des Korschenbroicher Bürgermeisters antisemitische Stimmungen weit stärker entfacht haben als dieser selber." Mal wieder sind die Juden selber schuld, wenn sie diffamiert und verfolgt werden.

Mal sehen mit welchen „fundierten" Erkenntnissen Jesse das Publikum in seiner Sichtweise auf die Nachkriegsjahre beglückt.

Bibliographische Angaben:
Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund, Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, (Propyläen Geschichte Deutschlands Bd.9), Ullstein/Propyläen, Frankfurt/Berlin 1995

Vorsicht Anti-Antifa!

Der Kölner Neonazi **Benjamin Oster** versucht seit geraumer Zeit Informationen von AntifaschistInnen zu bekommen. Im Juli 1995 tauchte er in Köln in verschiedenen Szenetreffpunk-



ten auf, und versuchte dort Kontakte zur Antifa-Szene zu knüpfen. Seine Nazilaufbahn begann er in der Köln-Porzer "Anti-Türken-Front", anschließend engagierte er sich bei den "Republikanern". Nachdem er bei der FAP und der "Deutschen Alternative" auftauchte, verkündete er 1991 seinen "Ausstieg" aus der Naziszene. 1995 erschien sein Name allerdings auf der Unterschriftenliste für die "Pulheimer Erklärung". Mit dieser Erklärung, die maßgeblich von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" initiiert ist, ist ein weiterer Versuch in die Wege geleitet worden, die diversen Strömungen im rechten Lager zu vereinen. Im November zeichnete er sich als presserechtlich Verantwortlicher für eine Mitteilung der "Deutschen Liga" Köln aus. Zeitgleich begannen seine Bemühungen mit Hilfe des Postfachs 210741 in Köln antifaschistische Zeitungen zu kontaktieren.

Ulrich Sander

Die Gebirgstruppe nach der Kasernenumbenennung:

Zorn über den Minister

Tradition der Wehrmacht als "gesellschaftsformende Kraft" verlangt

Obgleich er sie mit einem Kampfauftrag zum Einsatz im ehemaligen Jugoslawien auszeichnete, ist Bundesverteidigungsminister Volker Rühe bei den Gebirgsjägern in Verruf geraten. Sowohl der Kübler-Kaserne in Mittenwald, in der die Truppe den letzten Schliff erhielt, um den bewaffneten Schutz der Transport- und Pionierverbände auf dem Balkan zu gewährleisten, als auch der Dietl-Kaserne in Füssen hatte Rühe nach langem Widerstreben die Wehrmachtsvorbilder genommen und diese Kasernen umbenennen lassen.

In der Zeitschrift "Die Gebirgstruppe" nennt jetzt der einflußreiche Kameradenkreis der Gebirgsjäger, dem sowohl Wehrmachts- und SS-Veteranen als auch Bundeswehrsoldaten und-reservisten angehören, den Befehl Rühes eine "rein opportunistisch-politische Entscheidung".

Die Kriegsverbrechen des in Jugoslawien zum Tode verurteilten Generals **Ludwig Kübler** und des engen Hitler-Freundes **Eduard Dietl** ignorierend, wird in "Gebirgstruppe" eine "differenzierte Sicht" durch "Auswertung der Archive der anderen Seite" angemahnt. Den jugoslawischen Antifaschisten, die Kübler später verurteilten, werden "Bestialitäten", an deutschen Soldaten begangen, vorgeworfen, an die man heute täglich im Fernsehen durch den Krieg der jugoslawischen "Brudervölker" erinnert werde.

Die ehemaligen Wehrmachts- und heutigen Bundeswehrsoldaten würden nach der Umbenennung weiter "kompromißlos für die Ehre der Soldaten der Wehrmacht und der Bundeswehr eintreten", drohen die alten Kameraden. Man werde dem Versuch widerstehen, die Bundeswehr von der "bewährten stolzen Tradition deutschen Soldatentums abzukoppeln", heißt es weiter in der gegen den obersten politischen Dienstherren gerichteten Erklärung. Die Zeitschrift kündigt auch verstärkte Bemühungen an, damit das "Dienen" wieder "den Stellenwert in Staat und Gesellschaft erhält, ohne den ein gesundes Volk auf Dauer nicht leben kann!"



Traditionspflege bei der Bundeswehr: Gesehen auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe des ehemaligen KZ Bergen Belsen

Scharfe Angriffe richten die Gebirgsjäger in ihrer Zeitschrift auch gegen den Sprecher von "Pax Christi" im Allgäu, Jakob Knab, wegen seiner Aufklärung über die Tradition der Bundeswehr und insbesondere der Gebirgstruppe. Knab, der in der Nähe der ehemaligen Dietl-Kaserne im Allgäu lebt und das Buch "Falsche Glorie" über die Bundeswehr verfaßte (Berlin 1995), ist mit seiner Familie wegen seines erfolgreichen jahrelangen Kampfes gegen die "Dietl"- und "Kübler"- Verehrer starken Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt. Der Vorsitzende des Gebirgstruppen-Kameradenkreises, **Karl Griessinger** aus Rottach-Egern, spricht in seiner Zeitschrift nunmehr Knab "christliche und humanistische Güter" ab.

Griessinger andererseits über General Kübler: Dieser Schöpfer der Gebirgstruppe der Wehrmacht wäre zwar ein "harter Führer mit klarer Sprache", aber ein "fürsorglicher Mensch" und "ritterlicher Offizier" gewesen. Griessinger fragt, ob nicht verehrte Staatsmänner wie Bundespräsident Heuss, Ministerpräsident Maier oder Bundesminister Lemmer, die alle 1933 dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zustimmten, sich mehr versündigt haben als Gebirgsjägergenerale, die nichts getan hätten "als ihre Pflicht".

An anderer Stelle wird in der Dezember-Nummer der in der Bundeswehr weit verbreiteten Zeitschrift befriedigt festgestellt, die ehemaligen Offiziere und Soldaten der Gebirgsjäger der Naziwehrmacht sähen sich "unterstützt durch junge, klare Denker, deren Ordnungsgefüge ungestört blieb". Stolz wird vermerkt, daß die Bundeswehr "vierzig Jahre nach ihrer Gründung, zu ihrem größten Einsatz aufbricht" und "daß unser Land etwas hat, das es sich über Jahrzehnte hinweg energisch selbst abgesprochen hat: eine militärische und militärpolitische Rolle". Im Verhältnis zur Wehrmacht, der man "verbrecherische Tendenzen nachlog", wollen die Gebirgsjäger "Kontinuität" zurückgewinnen, denn "wie fruchtbar könnte gerade soldatische Tradition als gesellschaftsformende Kraft wirken!"

Über die Deutschen, die zwei Weltkriege mit über 80 Millionen Kriegsopfern in diesem Jahrhundert entfesselten, wird in "Anmerkungen zu einer Gesellschaft, die immer noch auf der Suche nach sich selbst ist" ausgeführt: "Diejenigen, die der Not des eigenen Volkes gehorchend, zu seinem Schutz und seiner Verteidigung hinauszogen, sie konnten mißbraucht werden - wie jeder Mensch in jedem Lande zu jeder Zeit mißbraucht werden kann, das Leben ist so -, aber das rückt ihr Bewußtsein nicht ins Dunkel, ihre Pflicht getan und ihre Heimat, ihre Frauen und ihre Kinder geschützt zu haben". Kategorisch fordern die "Gebirgsjäger": "Ein gesünderes Verhältnis zur Tradition, zu dem, was war, wird zur Überlebensfrage. Wer nicht weiß, woher er kommt, wird die Zukunft nicht gewinnen können."

Den Schutz des Volkes, auch sehr weit entfernt von Deutschland, den predigt auch der ausgeschiedene Generalinspekteur der Bundeswehr und nunmehrige ranghöchste Europäer in der Nato, General **Klaus Naumann**. Der hatte noch im November 1995 in Gegenwart seines Ministers Rühe die jetzigen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit der deutschen Beteiligung an zwei Kriegen 1900 in China und 1904 in Deutsch-Südwestafrika verglichen. "Auch fern von der Heimat", so Naumann, müsse wie damals der deutsche Soldat "Krisen von seinem Land fernzuhalten" versuchen.


Die Tradition der deutschen Wehrmacht: Sowjetische Gefangene müssen ihr eigenes Grab schaufeln (1941)

Für den 25./26. Mai 1996 wurde wieder das traditionelle Pfingsttreffen der Wehrmachtsgebirgsjäger mit der Bundeswehrgebirgstruppe auf Bundeswehrgelände am Hohen Brendten bei Mittenwald angekündigt, wo regelmäßig Bundes- und Landespolitiker, NATO-Vertreter bis hin zum Generalsekretär und Bundeswehrgeneräle die Hauptreferate halten. 1992 hatte der schon genannte Naumann auf diesem Kameradentreffen das hohe Lied der Wehrmacht des Adolf Hitler gesungen. Die Wehrmacht stehe für "Bewährung in äußerster Not, für Erinnerung an und Verehrung von vorbildlichen Vorgesetzten, für Kameradschaft und Opfertod."

Rainer Butenschön

Lübeck: Indizien dünn und zweifelhaft

" 'Nazi'attack kills 10 in Germany" - diese Schlagzeile des britischen "Guardian" am Tag nach dem todbringenden Brand im Lübecker Asylbewerberheim kam der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) gerade recht. Genüßlich nahm sich FAZ-Mitherausgeber Johann Georg Reißmüller in einem Leitartikel die europäischen Medien und ihre Berichterstattung zum Lübecker Inferno zur Brust, kaum daß die Polizei den Libanesen Safwan E. als mutmaßlichen Brandstifter präsentiert hatte.

Zwar hatte der "Guardian" die voreilige Tatsachenbehauptung seiner Überschrift relativiert und in seinem Bericht korrekt vom *Verdacht* eines rassistischen Brandanschlages gesprochen, doch **Johann Georg Reißmüller** gab kein Pardon. Selbst der "International Herald Tribune" nicht: Der konzedierte er zwar, sich "voreiliger Befunde" enthalten zu haben, aber daß die Zeitung das Wort "Neonazis" in die Überschrift genommen hatte, ließ der FAZ-Mann dem US-Blatt genauso wenig durchgehen wie der des gleichen Delikts schuldigen Londoner "Times".

Wieder einmal würden im Ausland "Deutschland, Nazis und Töten zusammengefügt", erregte sich Reißmüller - nicht etwa aus Sorge um die unter solchen Schlagzeilen sicher nachgebenden deutschen Exportquoten, sondern allein um der "Rechtsstaatlichkeit" willen.

Zwar konnte auch der FAZ-Mann nicht ganz daran vorübergehen, daß neonazistische Gewalttaten im wiedervereinigten Deutschland inzwischen nur noch nach Tausenden zu zählen sind. Doch für den Fall, daß sich erweisen sollte, "daß den Brand in Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat", drohte Reißmüller dem Ausland schon mal mit unverhohlener Freude: "Alle, die verantwortungslos, ohne Rücksicht auf Wirklichkeit und Wahrheit mit der Nazi-Keule auf Deutschland zu schlagen gewohnt sind, würden es dann etwas schwerer haben."

Deutschland als Opfer - diese historisch nicht unbekannte Weltsicht mag die "Erleichterung" erklären, die nicht nur der Korrespondent der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" bei Teilen der deutschen Bevölkerung diagnostizierte, als die Polizei den Libanesen als mutmaßlichen Brandstifter von Lübeck verhaftete.

Vielen dürfte dieser - bis heute (3.3.96) nicht bewiesene - Verdacht schon zur Gewißheit geworden sein: Der Libanese leugne (statt korrekt: bestreite) die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, berichten zahlreiche Medien - sie insinuieren damit, er lüge.

Doch die Indizien, mit der die Polizei den Tatvorwurf bislang öffentlich begründet, sind äußerst dünn und zweifelhaft. Überzeugender wurden sie auch nicht nach Aufhebung der Nachrichtensperre, von der die Polizei anschließend behauptete, es habe sie nie gegeben: Ein Sanitäter, der dies erst 36 Stunden später zu Protokoll gab, will im Rettungswagen gehört haben: "Wir waren es," habe der Libanese ihm erzählt. Der Beschuldigte beharrt dagegen darauf, beim Anblick eines offenstehenden Fensters im Erdgeschoß des Asylheims mit Blick auf mögliche Attentäter gesagt zu haben: "Die waren es."

Zudem habe der Libanese "Täterwissen" preisgegeben, sagt die Polizei, als er dem Sanitäter erzählt habe: "Wir hatten Streit mit einem Nachbarn im ersten Stock, haben Benzin vor seine Tür gegossen und angezündet. Das brennende Zeug lief die Treppe runter."

Nicht nur der "Spiegel" fragte irritiert: " Ist es vorstellbar, daß ein Brandstifter wenige Meter vor der Tür seiner schlafenden Eltern und vier seiner Geschwister zündelt, um einen Nachbarn zu bestrafen? Sich dann in sein Zimmer im Dachgeschoß schleicht und ins Bett legt? Später Frauen und Kinder vor dem Flammentod rettet?"

Die "zusätzlichen Erkenntnisse", die die Polizei am 21. Januar über die Brandursache zu haben behauptete, sind bis heute der Öffentlichkeit nicht präsentiert worden. Gleiches gilt für die am selben Tag behaupteten "zusätzlichen Zeugen".

Nüchternes Fazit: Die Brandkatastrophe von Lübeck, das möglicherweise schlimmste rassistische Verbrechen nach dem Krieg in Deutschland, wie der "Guardian" schrieb, ist immer noch nicht aufgeklärt.

Und: Lübecks Bürgermeister Michael Bouteiller hat gesagt: Das Feuer sei ein Signal gewesen, sich mehr um die ausländischen Mitbürger zu kümmern - ganz gleich wie das Feuer ausgebrochen sei oder wer es angezündet habe. Doch was hat sich bis heute positiv geändert am skandalösen Umgang mit den Flüchtlingen und Fremden in Deutschland?

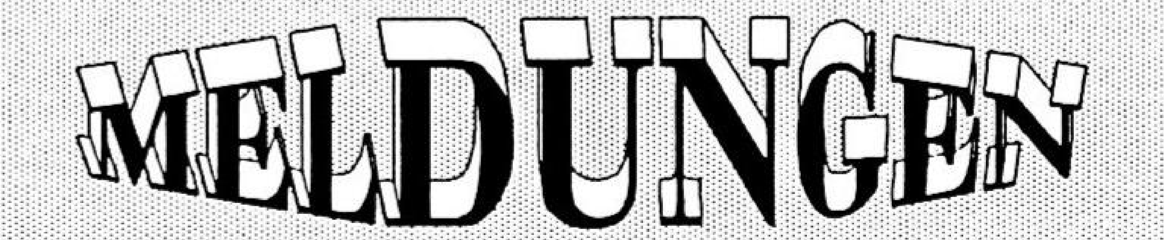
Nachtrag: Lübeck-Kommission gebildet

Auf einer Konferenz von Antirassismusgruppen und Flüchtlingsorganisationen in Berlin wurde das Projekt einer Internationalen Untersuchungskommission zum Brandanschlag in Lübeck bekanntgegeben. In dieser Kommission „sollen die Aussagen der Heimbewohner, ihrer Freunde und Verwandten sowie der Sozialarbeiter ernst genommen werden, die der offiziellen Version widersprechen, daß als Brandstifter nur ein Heimbewohner in Frage kommt." Unterstützt wird dieses Projekt bisher von der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, der israelisch-palästinensischen Rechtsanwältin Felicitas Langer und der stellvertretenden Pax-Christi-Vorsitzenden Gisela Wiese.

Quelle: ND, 27.02.96

Zur "großen Armee"

Eine wichtige Schlüsselfigur der europaweiten militanten Nazi-Szene, **Gerrit Et Wolsink**, ist verstorben. Der Altnazi, der während der faschistischen Okkupation in der "Division Brandenburg" und später im SS-Regiment "Oranienburg" für Terror- und Sabotageakte eingesetzt wurde, war nach Kriegsende für die westlichen Geheimdienste im gleichen Metier tätig. Wie die "Junge Welt" meldete, erklärte Wolsink im Verlauf einer Vernehmung: "Ich nahm an verschiedenen Aktionen in den sowjetischen Einflußsphären teil - nach dem Vorbilde von Brandenburg." Abstand von seiner faschistischen Weltanschauung nahm er indessen nicht: In den fünfziger Jahren gründete er den holländischen Zweig der Wiking-Jugend. Bis Mitte der achtziger Jahre arbeitete er in der faschistischen "Niederländischen Volksunion" mit, danach in der ANS Niederlande. Seine Mitgliedschaft in der NSDAP/AO bekannte er öffentlich. Wolsink wurde - wie es im Nazi-Jargon heißt - am 30. Dezember 1995 "zur Großen Armee" abberufen.



Peinliche Statistik

Anfang Februar 1996 legte der Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig eine Statistik über die Strafverfolgung von NS Straftaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor. Demnach wurden in den Verfahren gegen insgesamt 106.178 Beschuldigten lediglich 6.494 NS-Straftäter für Ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Unter diesen Verurteilungen waren 13 (hauptsächlich von den Alliierten verhängte) Todesstrafen und 166 Verurteilungen zu lebenslanger Haftstrafe. Wie die 1995 noch anhängigen Verfahren gegen 5.570 Personen ausfallen werden, ist angesichts der o.g. Relationen absehbar.

Nazi-Treffen in der Lüneburger Heide

In einem schwedischen Nazi-Blatt, das von der Nordiska Rikspartiet (NRP) herausgegeben wird, wird zu einem Europa-Treffen von "NS-Kameraden" in der Lüneburger Heide eingeladen. Das Treffen soll vom 3.-5. Mai stattfinden. Der genaue Ort ist derzeit noch nicht bekannt.

Winfried Holzinger

"Polizei und Fremde"

Alltäglich sind heute die Schlagzeilen in den Medien, in denen von polizeilichen Übergriffen berichtet wird. Auch die Menschenrechtsorganisation amnesty international hat in ihren weltweiten Jahresberichten nun wiederholt festgestellt, daß die deutsche Polizei unverhältnismäßig oft Ausländer mißhandele. Hierbei sprach sie von einem "unübersehbaren, besorgniseregenden Muster" über Mißhandlungen an Ausländern durch Polizeibeamte, in einer Zeit von ausländerfeindlichen Stimmungen und rassistischer Gewalt, in der die in Deutschland lebenden Ausländer den besonderen Schutz der Polizei brauchen.

Die Schlagzeilen im September 1994 und die Offenbarungen im anschließenden Untersuchungsausschuß zu Polizeiübergriffen in Hamburg sind ein vorletzter Höhepunkt. Die Äußerungen des zurückgetretenen Innensenators Werner Hackmann, in denen er erklärt, daß das Ausmaß von Polizeiübergriffen gegen AusländerInnen eine Dimension angenommen habe, die er nicht für möglich gehalten habe, zeigten nicht nur das alltägliche Ausmaß dieser Übergriffe sondern auch die Art und Weise, mit der sie innerhalb der Polizei gedeckt wurden. In diesem Zusammenhang erklärte damals noch Hamburgs erster Bürgermeister, Henning Voscherau: "Die Vorwürfe sind, wenn sie belegt werden können, so gravierend, daß sie die Staatsidee Deutschlands berühren." Mittlerweile haben sich diese Übergriffe größtenteils bestätigt.

Der Jahresbericht von ai im Jahr 1995 wurde u. a. von Bundesinnenminister Manfred Kanther, einigen Länderinnenministern und Polizei-Vertretern scharf kritisiert. Schon im Vorgriff auf die von ihnen beauftragte und später erscheinende Studie wurden von ihnen die Übergriffe zu Einzelfällen heruntergespielt, die Art und das Ausmaß bagatellisiert. Im Oktober 1994 hatte der "Arbeitskreis II" der Innenministerkonferenz (IMK) ein Forschungsprojekt angeregt, das sich mit spezifischen Ursachen und Ausdrucksformen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei befassen sollte. Mit der Vergabe und Betreuung dieser Forschung wurde die Polizei-Führungsakademie (PFA) in Hiltrup beauftragt. Ziel dieser Studie sollte es sein, "die Polizei besser auf die Kontakte und auch Konflikte mit Bürgern ausländischer Herkunft vorzubereiten...". Als wesentliche Informationsbasis wurden die Alltagserfahrungen, Sichtweisen und Einstellungen der unmittelbar betroffenen PolizeibeamtInnen angesehen. Hierzu wurden im Frühjahr 1995 von Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung an der Universität Trier und einer Arbeitsgruppe am Psychologischen Institut der Universität Münster jeweils 4 Workshops durchgeführt. Es war hierbei nicht das Ziel, quantitative Aussagen über die Verbreitung von ausländerfeindlichen Einstellungen, Übergriffen und Straftaten innerhalb der Polizei zu treffen. Denn die Beteiligten stellten zu Anfang der Studie fest, daß hierzu eine aufwendige Dunkelfeldforschung notwendig gewesen wäre, für die die Mittel nicht bereitgestanden haben. Nach hiesigen Erkenntnissen wurde für die Studie ein Finanzrahmen von 50.000 DM, also ca. 3.000 DM für jedes Bundesland, zur Verfügung gestellt. Ein lächerlicher Betrag, an dem abzulesen ist, welche Bedeutung die IMK dieser Studie beimessen wollte bzw. welche Ergebnisse sie liefern sollte. Der mit der Durchführung beauftragte wissenschaftliche Direktor an der PFA, Manfred Murck, stellte schon zu Beginn resignierend fest: "Die Untersuchung wird daher nicht sehr breit angelegt sein". Somit konnten auch keine aufwendigen opferbezogenen Untersuchungen durchgeführt werden; der einzige sozialwissenschaftliche Weg in der Feldforschung beschränkte sich auf die PolizistInnen. Jeweils 2tägige Workshops wurden in 6 verschiedenen Bundesländern durchgeführt; die Beamten aus den unterschiedlichen Polizeigruppen und Einsatzbereichen wurden eingeladen und erschienen auf freiwilliger Basis. Im Vordergrund standen in einem konstanten Rahmenablauf die Thematisierung und Aufarbeitung der Erfahrungen, Gefühle und Einstellungen im Umgang mit Fremden in Form von Gruppendiskussionen, Metaplan-Techniken und Einzelinterviews.



Schon im Eingang der Studie zeigt sich, welche Schwierigkeiten die Definition der Fremdenfeindlichkeit bereitete. Daraus resultierte, daß auch die Erhebung mit erheblichen Komplikationen verknüpft war. Weiterhin wurde festgestellt, daß die Beobachtung fremdenfeindlichen Verhaltens von Polizeibeamten nur schwer möglich war, da sie sich der Öffentlichkeit, besonders unter Beobachtungsbedingungen, entziehen. Zusammengefaßt erkannten die Verfasser der Studie, daß die herkömmlichen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen daher nicht zu verläßlichen Aussagen führen konnten, wie häufig es zu fremdenfeindlichen Aktionen kam. Der Wunsch nach faktischen Daten wurde damit illusorisch. Es wurde jedoch festgestellt, daß mit vorhandenen Informationen gezielt einzelne Personengruppen für Fortbildungsmaßnahmen angesprochen werden konnten, andererseits besteht damit auch die Gefahr der Personalisierung und damit die Stigmatisierung, mit der dann auch gleichzeitig von den möglichen strukturellen Schwachstellen innerhalb der Organisation Polizei abgelenkt wird; nach der Meinung der Verfasser wäre dieses nur mit aufwendigen Dunkelfeldstudien zu verhindern. Für die Untersuchenden standen drei zentrale Fragen für jede Untersuchung von Fremdenfeindlichkeit in der Polizei im Vordergrund: - wie läßt sich die intolerante Haltung von Polizeibeamten erfassen? - wie läßt sich systematische Schlechterbehandlung von Fremden seitens der Polizeibeamten ermitteln? - Gibt es Faktoren, die Polizeibeamte im Kontakt mit Bürgern, speziell mit Fremden, möglicherweise in ihrer Handlungsfreiheit beeinträchtigen und eine gesteigerte Bereitschaft zu abwertenden, abweisenden und diskriminierenden Handlungen auslösen? Die begrenzten finanziellen Mittel und die kurze Zeit für diese Studie verhinderten, daß weder neue Meßinstrumente entwickelt noch exak-

te systematische Erhebungen über repräsentative Stichproben durchgeführt werden konnten. Deshalb konzentrierten sich die Untersuchenden nur auf die letzte Frage und die Analyse von allgemeinen und spezifischen Belastungsmomenten, die das polizeiliche Handeln in der konkreten Kontaktsituation mit ausländischen Bürgern prägen.

In Anbetracht der Schieflage des Polizeibildes in der Öffentlichkeit, der hier zitierten Aussagen der genannten Hamburger Politiker besteht ein Handlungsdruck und eine Dringlichkeit von Reformen, in der eine umfassende Studie, ohne Einschränkung von fianziellen Mitteln und zeitlichen Notwendigkeiten erforderlich gewesen wäre. Es entsteht der Verdacht, daß ein ernsthaftes und wissenschaftliches ausgereiftes Ergebnis mit der notwendigen Dunkelfeldforschung nicht gewünscht war, um keine negativen Ergebnisse präsentiert zu bekommen, die das Vertrauen in die Polizei noch mehr belastet und Einfluß auf das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürger gehabt hätten. Zusätzlich wären bei den zu erwartenden Forschungsergebnissen dann Fragen nach Versäumnissen und politischer Verantwortung gestellt worden. So beschränkte sich der Hauptteil der Untersuchung im Ergebnis auf Streßfaktoren im Polizeidienst und der dienstlichen Zufriedenheiten der PolizeibeamtInnen. Hierbei hätten sich die Autoren jedoch schon auf den Psychologen Rainer Wensing beziehen können, der in seiner Dissertation zum Konfliktverhalten von Polizeibeamten festgestellt hat, daß Streßursachen hierbei von sekundärer Bedeutung sind. Die Autoren hätten also deutlicher machen müssen, daß Maßnahmen und Reformvorschläge nicht am subjektiven Streß ansetzen sollten, denn entscheidend ist, wie PolizistInnen mit den von ihnen empfundenen Streßursachen selbst umgehen. Denn bei der Verantwortlichkeit und den Ursachen für Streß müßte es für PolizeibeamtInnen naheliegender sein, ihre Vorgesetzten zu verprügeln als sie in Übergriffen auf ausländische Mitbürger zu kompensieren, denn hier werden Opfer mit Tätern vertauscht. Zitat des Bundesjugendvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Günter Meiners: "Entschuldigen Sie bitte die Mißhandlung und die kleine Folter, aber ich bin leider gestreßt, demotiviert und überarbeitet!".

Im Ergebnis der Studie wurde jedoch u.a. bestätigt, daß es starke Vorbehalte gegen einige Ausländergruppen und daß es illegale Gerechtigkeitsvorstellungen bei PolizeibeamtInnen gibt. Weiterhin wurde festgestellt, daß u.a. Fremdheitserfahrungen, Stereotypenbildung als Generalisierung negativer Erfahrungen, Informations- und Kompetenzdefizite, Intransparenz und subkulturelle abweichende Normen in der Polizei, Desensibilisierung und Elitebewußtsein, Loyalitätserwartungen, Korpsgeist, Gruppendruck, Überfremdungsgefühle und Kriminalitätsbefürchtungen entscheidene Merkmale innerhalb der Polizei sind, die zu Problemen und Belastungsbedingungen im Umgang mit ausländischen MitbürgerInnen führen. Die kriminalpolitischen Äußerungen und unprofessionellen Einlassungen der PolizeibeamtInnen in den Befragungen bewegten sich dabei in vielen Bereichen auf dem untersten Niveau. Die erschreckende Erkenntnis dieser Studie, mit dem Hintergrund all der aufgezählten Vorbehalte ist dann auch die Bestätigung für polizeilichen Rassismus, für ein autoritäres und nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringendes Staats- und Berufsverständnis, die die Außerkraftsetzung einiger Grundrechte für ausländische MitbürgerInnen bedingt.

In ihrem Fazit stellen die Untersuchenden u. a. fest: "...Die Ergebnisse unserer qualitativen Untersuchungen deuten darauf hin, daß es sich weder um "bloße Einzelfälle" noch um ein "systematisches Verhaltensmuster der Polizei" handelt, sondern daß die Kumulation von Belastungen in Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen manche Beamte überfordert. Insbesondere die Erfolgs- und Folgenlosigkeit des alltäglichen ... Handelns, die innerbetriebliche Tabuisierung der Konflikte und aggressive Emotionen, die mit Ausländern zu tun haben, und die mangelhafte justitielle Verarbeitung von Anzeigen sind es, die die Beamten auf der Straße am Sinn und Zweck ihres Handelns zweifeln lassen. Diese geraten dann in die Gefahr, einerseits zu resignieren und ... wegzuschauen, andererseits mit "Ersatzjustiz" ihrem Gerechtigkeitsgefühl oder auch nur ihrer Frustation und Überlastung illegalen Ausdruck zu verleihen. Für beides haben wir in unserer Untersuchung deutliche Hinweise erhalten." Gefordert wird, daß interne Gegenmaßnahmen durch strukturelle Veränderungen flankiert werden müssen; diese Veränderungen müssen einerseits die innere Organisation und andererseits die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen polizeilichen Handelns betreffen. Im Gesamtresüme wird jedoch festgestellt, daß die Ursachen der Fremdenfeindlichkeit weniger ein Problem individueller Einstellungen als vielmehr struktureller Belastungen sind, aus denen dann Einstellungsänderungen resultieren. Diese Erkenntnis belegt einerseits die Gefahr für rechtsstaatliche Prinzipien, denn sie belegt, daß es unter den angeführten Umständen jederzeit zu fremdenfeindlichen Übergriffen durch PolizeibeamtInnen kommen kann. Andererseits muß jedoch festgestellt werden, daß als Ergebnis der Studie die ursächliche Begrenzung von fremdenfeindlichen Verhalten auf dienstliche Streßfaktoren eher verharmlosend wirkt und vorhandenen Grundeinstellungen nicht ausreichend würdigt. Streß kann nur von sekundärer Bedeutung sein; die Studie gibt selbst viele Beispiele wieder, die zeigen, daß Fremdenfeindlichkeit und Rassismus das Ergebnis innerer Einstellungen sind, die sich erst unter den dienstlichen Rahmenbedingungen innerhalb der Polizei verfestigen und entfalten. Diese Einstellungen stehen in einem konträren Widerspruch zu einem zu erwartenden demokratischen Grundverständnis; denn sie zeigen, welches mangelndes Geschichts- und Grundrechtsverständnis vorhanden ist. Daß diese Studie auch noch zur Verschlußsache erklärt wurde, begründet die Gefahr, daß sie, trotz ihrer Brisanz, zunächst in Schubladen verschwindet und ihre Auftraggeber von der Verpflichtung des Handelns entlastet. Hierbei könnte dann jedoch der Verdacht entstehen, daß fremdenfeindliches und rassistisches Verhalten von PolizeibeamtInnen von den politisch Verantwortlichen unterschwellig gewünscht werden - diese Untätigkeit der Verantwortlichen würde dann tatsächlich die Staatsidee Deutschlands berühren.



Auflösung des "Nationalen Pressearchivs" gefordert

Eine neu gegründete "Initiative gegen das Nationale Pressearchiv" fordert die sofortige Auflösung dieser seit 1993 in Frankfurt/Oder bestehenden Einrichtung. In einer Pressemitteilung weist die Initiative darauf hin, daß sich hinter dem Nationalen Pressearchiv (NPA) ein sog. Stützpunkt der 1992 verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) verbirgt. Das NPA dient den Neonazi-Kadern zur Sammlung von Informationen über AntifaschistInnen und ist damit "ein bundesweit und international wichtiger Knotenpunkt in der sog. Anti-Antifa-Kampagne der Neonazis". Betrieben wird das NPA von dem ehemaligen NF-Mitglied **Danny Sowade**. Nach einer polizeilichen Hausdurchsuchung im Januar 1994 tarnt sich das NPA jetzt als Geschichtarbeitskreis.

Neonazi steigt aus

Der ehemalige JN-Funktionär **Jörg Fischer** erklärte in einer Veranstaltung in Nürnberg öffentlich seinen Ausstieg aus der Neonazi-Szene. Bereits als Dreizehnjähriger war er 1982 von dem NPD-Funktionär **Günther Rust** angeworben worden. Schnell machte er "Karriere", war verantwortlich für eine JN-Schülerzeitung und arbeitete in der Redaktion des Mitteilungsblattes der JN Bayern. Nach seinem Eintritt in die NPD wurde er dann stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied im NPD-Bezirksvorstand.

Seinen Bruch mit der faschistischen Partei vollzog er nach den "ersten großen Gewalttaten gegen Ausländer". Da sei ihm plötzlich klar geworden, wohin sein Engagement führe. Den Grund für seinen öffentlichen Ausstieg im Rahmen einer Veranstaltung der VVN-BdA Nürnberg, erklärte er in einem Interview in der "Jungen Welt": "Für mich war es wichtig aufzuzeigen, wie die internen Strukturen der rechten Szene ausschauen, wie die Verbindungen in die konservative Szene hineinreichen, wie Menschen da hineinkommen und wie Menschen wieder rauskommen. Mir geht es darum aufzuzeigen, welche Formen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und neonazistischen Gruppen sinnvoll sind."

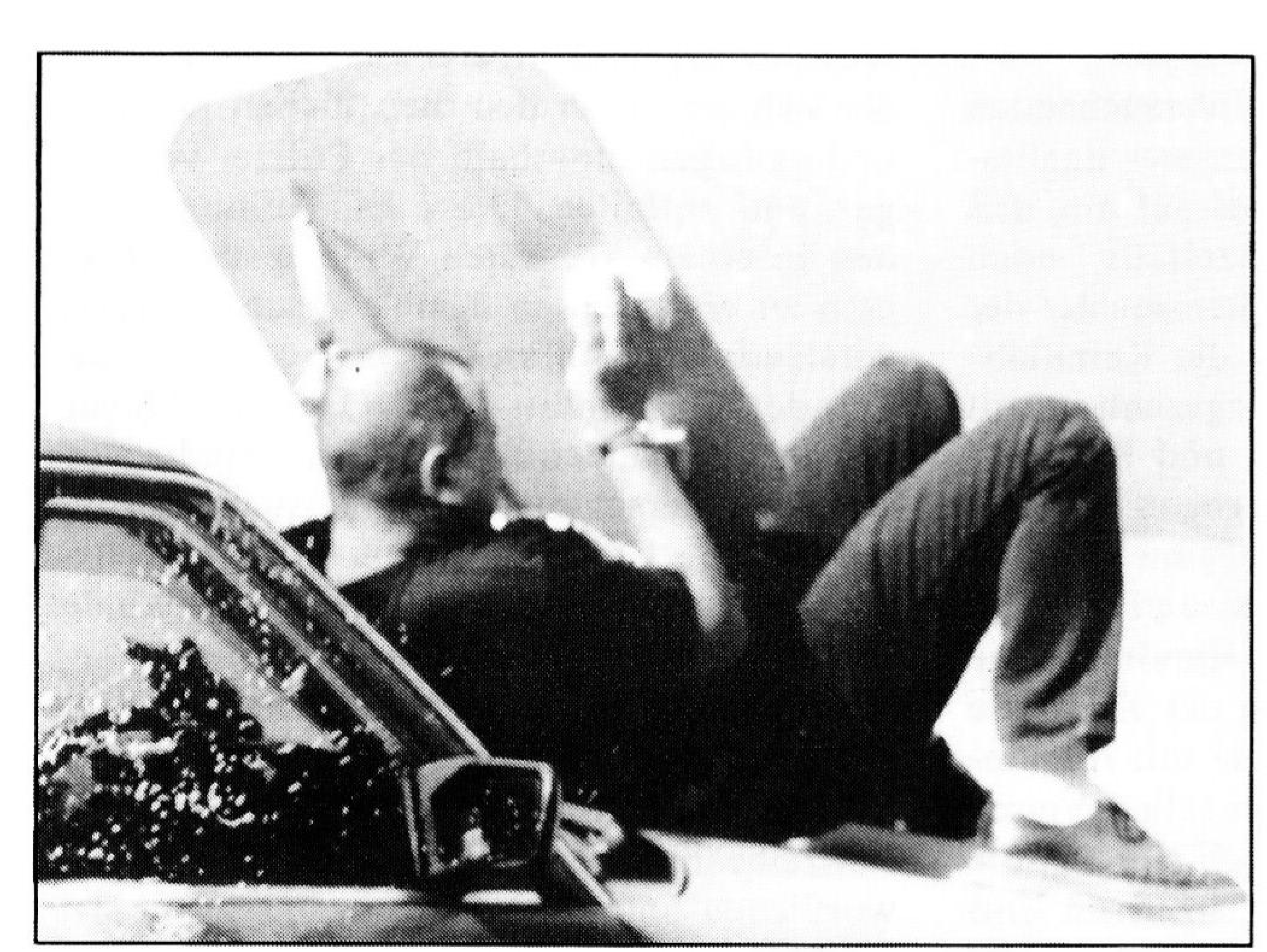
Ansgar Michalke-Auerberg

Nationale Liste organisiert sich neu

Seit den Verboten der beiden neonazistischen Parteien FAP und NL am 24.2.95 ist jetzt ein Jahr vergangen. Während die Kader der FAP in Vorausahnung eines möglichen Verbotes die Parteistrukturen schon faktisch aufgelöst hatten und sich entweder in der NPD/JN oder in neugegründeten autonomen neonazistischen Zellen organisierten, war es um die NL (Nationale Liste) der Hamburger Neonazis Thomas Wulff und Christian Worch in der Öffentlichkeit ruhig geworden.

Noch am Abend des Verbots mußte **Thomas Wulff** vor laufender Kamera eingestehen, auf so etwas nicht vorbereitet gewesen zu sein. Obwohl die Hamburger Innenbehörde schon seit dem Landtagswahlkampf 1994 auf ein Verbot der NL hinwirkte, schien diese sich im Glauben an „juristische Fußangeln" gefeit. Der Hobbyjurist **Christian Worch** hatte anscheinend einige juristische Interpretationen außer acht gelassen: So wurde die NL als Verein und nicht als Partei verboten.

In der Folgezeit waren einige NL-Kader mit Prozessen gegen sich beschäftigt: Christian Worch war in Frankfurt wegen illegaler Fortführung der ANS/NA angeklagt. Urteil: zwei Jahre ohne Bewährung. Die Revision ist inzwischen abgelehnt, so daß ein baldiger Haftantritt bevorsteht. Die aus Hamburg Bramfeld/ Farmsen stammenden NL-Kader um **Thorsten Bärthel** und **Hartmut Winnig** hatten einen Prozess, weil sie einen Pastor, der sich für Flüchtlinge einsetzt, mehrfach bedrohten und vor seinem Haus das „Horst-Wessel-Lied" grölten.



Thorsten de Vries in klassischer Abwehrpose auf der Kühlerhaube seines Kameraden Wulff anläßlich des "Rudolf Hess Marsches" 1995 in Dänemark

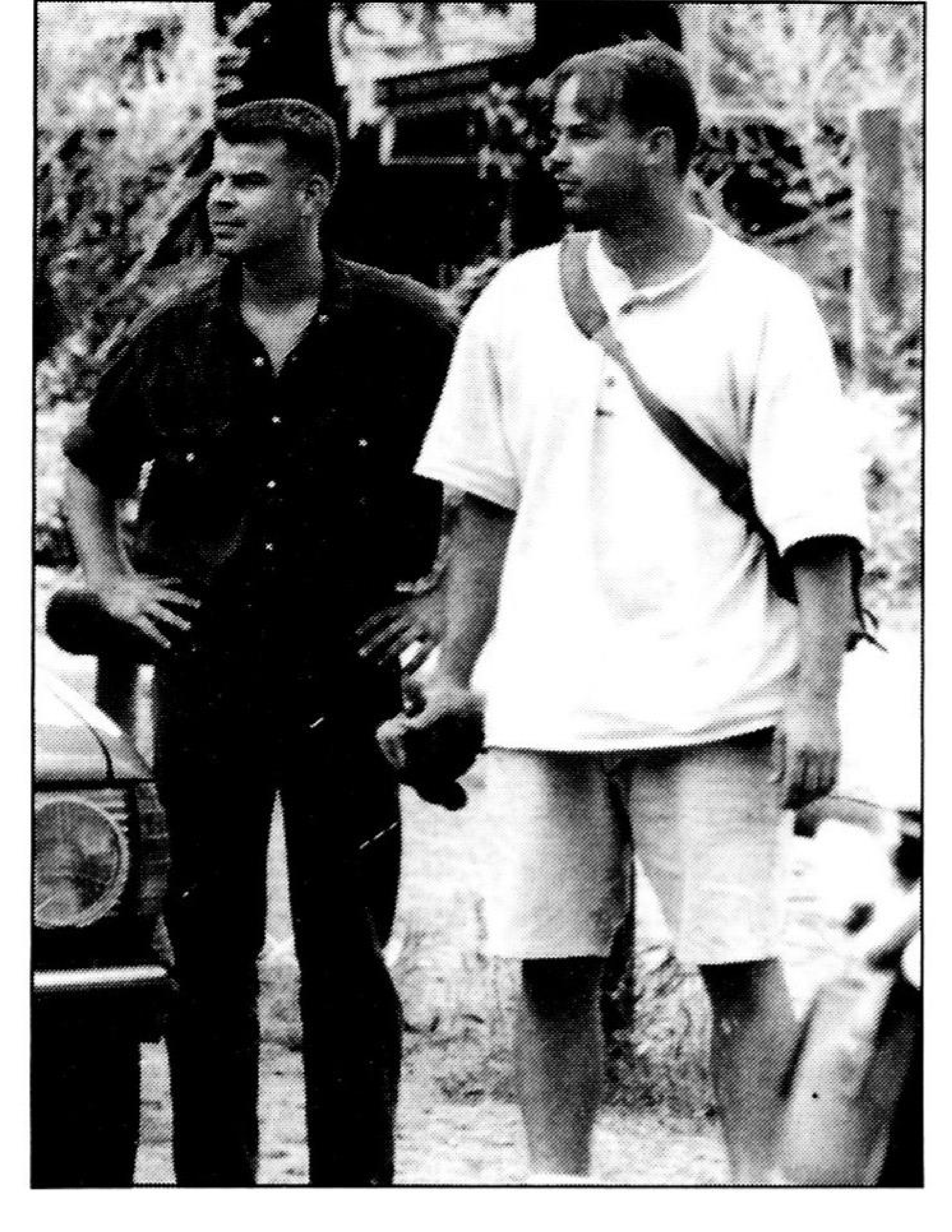
Schließlich hatte Thomas Wulff als Schriftleiter des „INDEX" einen Prozeß, in dem er sich wegen Volksverhetzung und Auschwitzleugnung zu verantworten hatte. Das Urteil lautete auf sechs Monate ohne Bewährung. Hier steht die Revision noch aus.

In Hamburg-Bergedorf, wo sich bis zum Verbot die Parteizentrale der NL befand, zogen sich die Mitglieder weitgehend aus der Öffentlichkeit zurück. So verbrachte Thomas Wulff nach dem Abbruch seiner Umschulung zum Steuerfachgehilfen den Sommer über in Schweden, wo er sich um das Anwesen des Hamburger Nazi-Anwalts **Jürgen Rieger** kümmerte.

Politisch traten die ehemaligen NLer erstmals wieder bei Solidaritätsaktionen für den inhaftierten NSDAP/AO-Chef **Gary Lauck** in Dänemark in Erscheinung: Christian Worch, seit über zwanzig Jahren Vertrauter und Kampfgefährte Laucks und maßgeblicher NSDAP/AO-Kader in der BRD, organisierte die deutsche Beteiligung bei der Solidaritätsdemo in Roskilde Pfingsten 1995. Unter der Führung von Worch und Wulff, die den Schutz der Solidaritätsdemo anläßlich der Rudolf-Heß-Aktionswoche am 19.8.95 in Roskilde übernahmen, waren ebenso anwesend die übriggebliebenen norddeutschen GdNF-Zusammenhänge (u.a. **Bernd Stehmann**, **Thorsten de Vries**).

Seit einiger Zeit nun betreiben die Ex-Kader der NL eine neue Phase der Organisierung. Diesmal ist es die DLVH (Deutsche Liga für Volk und Heimat, im folgenden: DL), in der sie sich organisieren. Ein erstes öffentliches Treuebekenntnis zu ihrer neuen Partei legten die Hamburger Neonazis am Volkstrauertag 1995 auf zumindest einem Friedhof im Süden Hamburgs ab: statt wie bisher die „gefallenen Kameraden" mit Kränzen der NL zu „ehren", befanden sich diesmal die Insignien der DL auf den Kränzen. Bei diesem Spektakel waren unter den ca. 15 Neonazis neben Thomas Wulff auch die aus HH-Bergedorf stammenden Neonazibrüder **Michael** und **Kai Arnold** beteiligt.

Michael Arnold begann seine Neonazi-Karriere ebenso wie Thomas Wulff in der ANS. Er durchwanderte über FAP und NL alle Phasen der Re- und Neuorganisierung der GdNF. Obwohl führender Kader der NL und ehemaliger zweiter Vorsitzender, hielt sich Michael Arnold weit im Hintergrund und kümmerte sich eher um die Angelegenheiten der Anti-Antifa. So auch beim Nazi-Aufmarsch in Roskilde, wo er mit seinem Bruder Kai Arnold als Video-Dokumentationstrupp auftrat.



Kai und Michael Arnold

Michael Arnold arbeitet auf der Airbus-Flugzeugwerft in Hamburg-Finkenwerder, wo er in der Vergangenheit damit scheiterte, seine ArbeitskollegInnen mit Nazi-Propaganda zu agitieren. Auch Wulff arbeitete auf der Airbus-Werft, flog jedoch raus, als seine „Freizeitaktivitäten" dort bekannt wurden. Arnold ist dasselbe zu wünschen.

Daß sich militante Neonazis aus verbotenen oder vom Verbot bedrohten Parteien in der DL organisieren, ist nicht neu. Im Landesverband Schleswig Holstein sitzen laut VS-Bericht Hamburg schon länger zwei militante Neonazis: **Thorsten Bossel** und **Philip Steinbeck**. Steinbeck, der Anfang der achtziger Jahre in die JN eintrat, dann zur ANS ging und als Weggefährte Kühnens galt, war innerhalb der FAP und später in der NS (Nationale Sammlung) Kontaktperson für Schleswig Holstein. Als Jurastudent organisierte er mit der studentischen Neonazi-Gruppe 146 den Nazi-Aufmarsch am 3.10.1990 in Hamburg.

Steinbeck kann nicht nur auf jahrelange Zusammenarbeit mit Worch und Wulff zurückgreifen, sondern organisierte Ende der 80er Jahre bis 1992 selber Wehrsportübungen in Niedersachsen.

In der Hierarchie der Organisation der illegalen Werwolf-Strukturen steht ein „Philip" laut Aussage des Neonazi-"Aussteigers" **Ingo Hasselbach** ziemlich weit oben. Nach anderen Aussagen aus der Neonazi-Szene kann davon ausgegangen werden, daß es sich hierbei um Philip Steinbeck handelt.

Inzwischen ist Philip Steinbeck bei der DL im Schleswig Holsteiner Landtag als Referent angestellt, wo er einen nicht geringen Einfluß auf die parlamentarische Politik der DL zu haben scheint. So ist es u.a. Steinbeck, über den die Kontakte militanter Neonazis zur DL laufen.

Auch andere Hamburger Neonazis zeigten Interesse an der Deutschen Liga. Vor dem Verbot von FAP und NL versuchte die FAP-Hamburg/Schleswig Holstein unter Führung von **André Goertz**, Kontakte zur DL aufzunehmen. Doch die Teilnahme am Landespar-

teitag der DL im Herbst 1994 in Steinburg beendete auch schon wieder die von der FAP angestrebte Zusammenarbeit. André Goertz Kontakte zu Steinbeck stammen aus der Zeit, als Goertz im Haus der Hamburger Burschenschaft Germania in der Sierichstraße wohnte und zu diesem Zeitpunkt noch Hamburger Landesverbandsvorsitzender der FAP war.

Andre Goertz orientierte sich dann in Richtung JN. Hier versucht er nun in Zusammenarbeit mit **Steffen Hupka**, dem JN-Funktionär **Holger Apfel** und dessen Ziehkind **Jan Zobel** seine Idee von einem „progressiven Nationalismus" zu entwickeln. In der von den Vieren gemeinsam herausgegebenen JN-Postille EINHEIT UND KAMPF (Nr.14) distanziert sich André Goertz vehement von den „Möchtegern Nazis und NS-Nostalgikern der NSDAP/AO".

Damit meint er vor allem die Ex-NLer um Worch und Wulff und deren Solidaritätsarbeit zu dem in Hamburg inhaftierten Gerhard Lauck.

Diese Rivalität, die zwischen Goertz und der Ex-NL besteht, ist jedoch eine regionale Rivalität zwischen Neonazi-Kadern, und speziell im Fall von Andre Goertz auch auf die gescheiterten Annäherungsversuche der FAP an die Deutsche Liga im letzten Jahr zurückzuführen. Den Zuschlag bekam auf jeden Fall die Ex-NL.



Die Fraktion der Deutschen Liga im Kieler Landtag. Hinten rechts, Phillip Steinbeck; vorne rechts Ingo Stawitz

Mit dem Verbot der NL stellte sich für die Neonazis lediglich die Frage nach einer Neuorganisierung ihrer Vorfeldorganisationen. Denn die interne Struktur der Hamburger Neonazi-Szene innerhalb des NSDAP/AO-Netzwerkes blieb durch das Verbot der NL unberührt.

Durch die Reorganisierung der NL in der DL ist zu befürchten, daß diese nun wieder öffentlich in Erscheinung treten wird. Hinweise auf zunehmende Aktivitäten und Neurekrutierungen von AnhängerInnen könnten sein, daß in den Hamburger Stadtteilen Farmsen und Bramfeld,wo die NL ähnlich wie in Hamburg Bergedorf eine breitere Basis mit mehreren Kadern hatte, vermehrt DL-Propaganda auftaucht. Außerdem reorganisieren die dortigen Ex-NL-Kader um Thorsten Bärthel wieder die Skinhead-Szene, die z.B. mit fast 30 Personen zum Skinhead-Konzert am 21.10.1995 bei **Thorsten Heise** in Northeim gereist waren.

Ein weiterer Hinweis auf Neuorganisierung der ex-NLer ist der Umzug Thorsten de Vries von Wilhelmshaven nach Hamburg-Bergedorf. Ob er dort die von Haft bedrohten Worch und Wulff vertreten oder die Neurekrutierung für die DL vorantreiben soll, wird sich zeigen. Vielleicht soll er aber auch nur auf das Auto seines Kameraden Wulff aufpassen, das er schon in Roskilde unter persönlichem Einsatz gegen Steinschlag schützte. ◪

Sönke Braasch

Neues von der ex-NF

In Lüdenscheid erscheint seit vergangenem Jahr die neonazistische Zeitschrift "Widerstand". Presserechtlich Verantwortlicher ist der ehemalige Kader der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) Harald Theodor Mehr. "Die Zeitung vom volkstreuen Deutschen", so der Untertitel, hat sich die Vernetzung und Schulung der militanten Szene zum Ziel gesetzt.

"'Widerstand' will außerdem durch die Vorstellung von phantasievollen Propagandaaktionen und Hinweisen zum öffentlichen - volksnahen - Auftreten dazu beitragen, das volkstreue Gedankengut verstärkt in das deutsche Volk hineinzutragen".

In der ersten Ausgabe wurde ein Interview mit einem "Herrn" **Sterber**, Schulungsleiter des 'Deutschen Kolleg'" in Berlin veröffentlicht. Das "Deutsche Kolleg", vormals "Berliner Gespräch" um **Helge Drescher**, ging aus einem Lesekreis der "Jungen Freiheit" hervor und versucht, gleich dem Ansatz von "Widerstand", die Vernetzung der Völkischen "voranzutreiben". "Zeitungen und Zeitschriften dienen als Forum der Diskussion und vermitteln nach außen den Willen zu Widerstand und Neuordnung", so Sterber in der "Widerstand" 1/95 vom vergangenen Herbst. In der zweiten Ausgabe kam der braune Barde **Frank Rennicke** (31) zu Wort. Verschiedene Beiträge des "Deutschen Rechtsbüro" sollen die juristischen Grundkenntnisse der Kameraden verbessern. Die Adressenliste umfaßt neben dem "Deutschen Rechtsbüro", den diversen "Nationalen Infotelefonen" und den Mailboxen des neonazistischen "Thule-Netzes" zahlreiche Zeitschriften. Der "Umbruch" **Steffen Hupkas** (33) erscheint ebenso auf der Liste wie die altnazistischen "Leithefte" ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, die "Nordische Zeitung" aus dem Hause **Jürgen Rieger,** "Recht und Wahrheit", "Angriff" und "Nation und Europa", dem wichtigsten Periodikum der rechtsextremen Szene. Im "Widerstand" findet sich vor allem Werbung für den Lüdenscheider "Donner-Versand", der von **Harald Theodor Mehr** und **Stefan Haase** betrieben wird. Der aktuelle Katalog des Donner-Versandes umfaßt 56 Seiten. Das Angebot umfaßt Bücher, Tonträger, Videofilme und Devotionalien aller Art. Mit Bronze-Büsten von Hindenburg, Bismarck und Landsern, Schwertern und Messern, Trink- und Rufhörnern, Koppelschlössern, Ansteckern und Aufnähern, Textilien und Militaria kann sich die militante Szene per Versand via Lüdenscheid eindecken. Vergangenen Dezember fand eine Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten des "Donner-Versand" statt. Anlaß war der Verdacht auf Volksverhetzung, bedingt durch einen Aufnäher "Unsere Ehre heißt Treue". Anzeigen des "Donner-Versand" tauchen in zahlreichen Postillen der neonazistischen Szene, aber auch in "Recht und Wahrheit", der "Deutschen Stimme" oder in dem NPD-nahen Blättchen "Freiheit Wattenscheid" und "Freies Wort Südwestfalen" auf. Im "Widerstand" sind Anzeigen des früheren Organs der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) "Einheit und Kampf" und des Tonträgervertriebs von JN-Funktionär **Jens Pühse** aus Freising vertreten.

Der vorbestrafte Neonazi Mehr war in der Vergangenheit bereits für zwei Periodika verantwortlich. Ende der 80er Jahre verlegte Mehr ein "nationales Jugendmagazin" mit dem Titel "Freiheit". 1991 bis 1993 erschien die Zeitschrift "Revolte". Der Aufmacher der ersten Ausgabe von Revolte war ein Interview mit dem damaligen Generalsekretär der inzwischen verbotenen "nationalistischen Front", **Meinolf Schönborn** (40). 1992 schloß sich Mehr anläßlich der Trennung der NF **der** Fraktion um **Andreas Pohl** (36) an. Trotz Verbot der "Nationalistischen Front" Ende 1992 gehen die Aktivitäten von Mehr, Haase und Co. bis heute unvermindert weiter.

Meinolf Schönborn



Olaf Goebel

Nationalistische Front strukturiert Anti-Antifa-Arbeit im "Referat: Sicherheit"

Mit einem Aufruf in seinem Blatt „Umbruch“ (Hefte für Ideologie und Strategie) und im faschistischen Computernetzwerk „Thule“ meldet Steffen Hupka das „Referat: Sicherheit“ in der Szene zurück. Zu den frühen Erscheinungen der Anti-Antifa gehörte das „Referat für Sicherheit“ (RfS) des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH).

Leiter des am 1.Mai 1985 gegründeten RfS war **Christian Malcoci**, vormaliger „Kameradschaftsführer“ der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), Mitglied der NSDAP/AO, Funktionär der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und „Sektionsleiter West“ des KAH. Malcoci streut heute in seiner Zeitschrift „Thule - Zeitschrift des Ordens“ seine NS-Ideologie unters Volk.

Die Ziele des „Referats: Sicherheit“ innerhalb der noch existenten Strukturen der verbotenen Nationalistischen Front (NF) sind „Informationen über den Gegner, d.h. den Volksfeind sammeln. Jeder, der sich gegen die nationale Sache direkt oder indirekt ausspricht ist Volksfeind. Jeder, der gegen nationale Gruppierungen und deren Anschauungen agitiert, stellt sich gegen das Volk, denn wir vertreten das Volk. Jeder, der bereit ist, gegen uns in Wort und Tat vorzugehen, um seinen Beruf, seine Stellung, seine Machtposition, sein Ansehen oder sein Geld nicht zu verlieren oder zu gefährden, ist unser Gegner, denn er stellt sich gegen das Volk. Jeder, der dazu beiträgt, in unserer Heimat Sitte, Kultur, Brauchtum, Sprache und überhaupt das gesunde Volksempfinden durch zersetzende, perverse und dekadente Kulturveranstaltungen, entartete Kunst usw. zu zerstören bzw. zu ersetzen, ist unser Gegner.“

Steffen Hupka macht exakte Angaben darüber, wie die Daten an die entsprechenden „Zentralstellen“ weiterzuleiten sind, so daß auf den Aufbau einer Datenbank geschlossen werden kann. Über das „Thule-Netz“ werden seit geraumer Zeit digitalisierte Bilder von AntifaschistInnen und ihre Daten verbreitet.

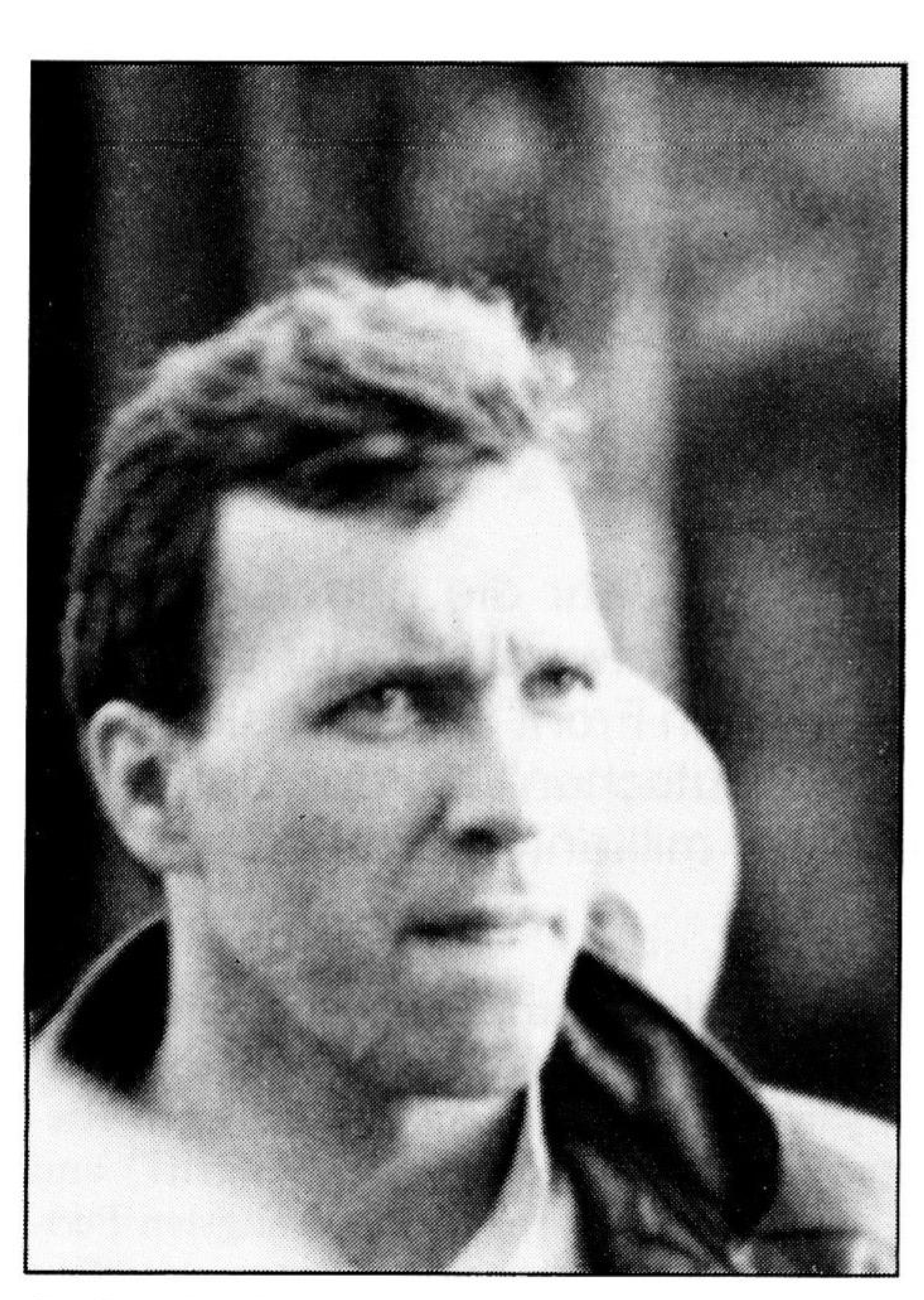
Die von den Nazis als „Volksfeinde“ bezeichneten Personengruppen sind:

„- Redakteure und andere Medienvertreter
- Antifa und u.U. bestimmte Linke
- Mitarbeiter in städtischen Behörden, Institutionen und Initiativen wie Ordnungsamt, AWO, Post u.a., die sich gegen national eingestellte Menschen hervortun
- staatliche Personen und Gruppen der ausführenden Gewalt (Polizei, VS, MAD, Ermittlungsgruppen gegen Rechte u.a.)
- staatliche Justizorgane wie Richter, Staatsanwälte, die unter Beugung des Rechtes gegen Kameraden/innen vorgehen
- Gruppenmitglieder, die als Spitzel, Spalter und Provokateure in Erscheinung getreten sind
- Politiker aller Parteien, die durch Äußerungen oder taten gegen ihr Volk oder gegen uns aufgefallen sind."

Dieser konkreten Kampfansage gehen vielfältige Anti-Antifa-Aktivitäten voraus. Auffällig ist dabei, daß maßgebliche Drahtzieher der Strukturierung des braunen Netzes von West- nach Ostdeutschland umgesiedelt sind und dort führende Funktionen inne haben.

Quedlinburg

Ende 1993 zog das damalige Führungsmitglied der Nationalistischen Front Steffen Hupka nach Quedlinburg. Im Städtedreieck Quedlinburg-Halberstadt-Wernnigerode gab es bereits kurz nach dem Ende der DDR eine starke faschistische Szene - allerdings relativ unorganisiert bzw. von der FAP beeinflußt. Besonders die Szene in Quedlinburg erlangte durch die rassistischen Pogrome im September ‘92 bundesweit Beachtung. Deshalb lag der Umzug des SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront)-Kaders und Schriftleiters in der JN (Junge Nationaldemokraten)-Postille „Einheit und Kampf“ Hupka nach Quedlinburg nah. Hier schulte und organisierte er das vorhandene Potential. Getreu dem Konzept der selbständigen faschistischen Zellen geschah das unter der Bezeichnung „unabhängiger Arbeitskreise“. Nach Festigung der Struktur (Schulungen, Seminare, Wehrsportübungen) wurde das Konzept auf die umliegenden Städte und Kreise ausgeweitet. So traten in der Umgebung Quedlinburgs weitere Zellen unter Namen wie „Harzer Heimatschutzbund“ und „Aufbruch“ in Erscheinung. Diese Gruppen bilden zusammen die „Harzfront", die von Hupka koordiniert wird.



Steffen Hupka

Massive Anti-Antifa-Arbeit war dabei immer ein Bestandteil. Flugblätter wurden verteilt, in denen AntifaschistInnen namentlich denunziert und z.B. die Schließung des Quedlinburger alternativen Jugendzentrums gefordert wurde. Was innerhalb der Stadtverwaltung zumindest eine Diskussion zu diesem Thema auslöste. Einzelne AntifaschistInnen wurden mit fingierten Anzeigen überhäuft, die eine Kriminalisierung der Antifa durch den Verfassungsschutz nach sich zog und der Anti-Antifa zur Informationsbeschaffung diente.

In der Nacht auf den 25.12.1995 wurde auf den PKW von Hupka ein Brandanschlag verübt. Über das rechte Thule-Mailbox-Netz droht der „Arbeitskreis gegen politische Verfolgung“ aus Naumburg. Auch hinter diesem Arbeitskreis stecken zwei Bekannte aus dem Westen der Republik: **Ilias-Marios Casteas** und **Sascha Chaves-Ramos**.

Naumburg

Seit dem Umzug von Ilias-Marios Casteas von Mainz nach Naumburg/Saale avancierte die örtliche Anti-Antifa-Gruppe zu einer der aktivsten im Bundesgebiet. Durfte der Deutsche griechischer Abstammung 1993 während eines TV-Interviews mit seinem Chef **Michael Petri** nur schweigend dessen Handy halten, macht der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der „Deutschen Nationalisten“ (DN) mit seinem Kameraden spanischer Herkunft Sascha Chaves-Ramos zunehmend auch mit dem „Arbeitskreis gegen politische Verfolgung“ von sich reden. Er fordert z.B. die Freilassung des inhaftierten Neonazis **Gary Lauck**, Chef der NSDAP/AO. Casteas, Chaves-Ramos und Petri kennen sich noch aus der Zeit in Mainz, von wo aus sie eines der ersten „Nationalen Infotelefone“ betrieben, die heute im neofaschistischen Netzwerk einen festen Bestandteil bilden.

Bekannteste Aktion der Naumburger Anti-Antifa war die Bedrohung der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke durch ein an ihrem Wohnsitz verteiltes Flugblatt. In jüngster Zeit wurden ebenfalls per Flugblatt SPD und B90/Die Grünen-Abgeordnete denunziert. Gezielt versuchte die Gruppe gegen örtlich aktive AntifaschistInnen vorzugehen, indem sie sie in Flugblättern outete, die teilweise mit Hakenkreuzen bemalt waren. Zur Verwirrung der Öffentlichkeit verbreitete die Gruppe gefälschte Pamphlete angeblicher Antifagruppen. Im November versuchte die Gruppe sich mit einer Demonstration zugunsten des „Nationalen Pressearchives“ in Frankfurt/Oder, die aber verboten wurde, hervorzutun. Anmel-

der war Chaves-Ramos, das Pressearchiv selbst wird der NF-Struktur zugerechnet.

Wie aus dem Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt zu erfahren war, sind gegen die Anti-Antifa-Gruppe Naumburg zwei Ermittlungsverfahren anhängig. Eines wegen des Verdachts der Nötigung von Verfassungsorganen und wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Desweiteren ist in Mannheim ein Ermittlungsverfahren wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten gegen die „Anti-Antifa-Infogruppe Naumburg".

Interessant ist vor allem die polizeiliche Bitte an die von der Anti-Antifa-Geschädigten, sich „vorerst nicht an die Presse/Öffentlichkeit zu wenden. Hierdurch erleichtern sie nicht nur die polizeilichen Ermittlungen, auch Nachahmungshandlungen sogenannter Trittbrettfahrer werden verhindert."

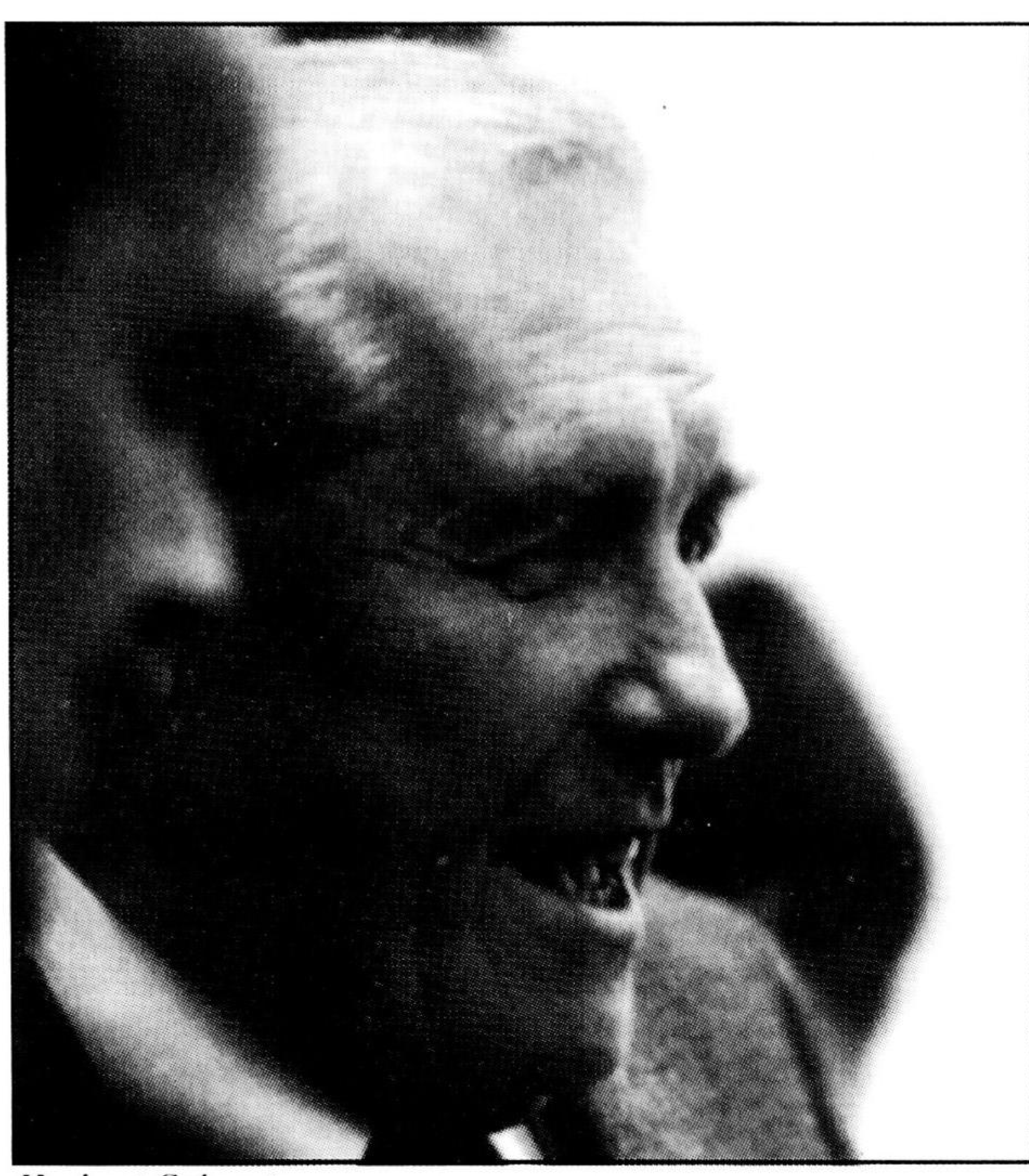
Nach Aussagen von AntifaschistInnen aus Naumburg haben alte Nazis in Naumburg seit Jahrzehnten den Boden bereitet, auf dem sich der rechte Nachwuchs nun austobt. Nach ihren Angaben war der Ort eine Kapp-Putsch-Stadt, die seinerzeit von Freikorpsverbänden besetzt war. Bis in die jüngste Zeit wurden die alten Bande auf Soldaten- und Kameradschaftstreffen gepflegt und das Gedankengut in den Köpfen der Naumburger bewahrt.

Luigi Rossi

Evolution des Naziterrors

Ende 1995 fing sich der unverbesserliche österreichische Altnazi Herbert Schweiger eine Anzeige wegen Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ein. Grund dafür - sein jüngst veröffentlichtes Buch "Evolution des Wissens. Neuordnung der Politik."
In dem Machwerk sorgt sich der ehemals hochrangige FPÖ-Politiker über die "biologische Substanz der weißen Rasse" und schwört die LeserInnen auf eine "unausbleibliche Konfrontation" zwischen "der weißen und er gelben Rasse" ein.

Laut **Herbert Schweiger** müssen "alle politischen Maßnahmen" ergriffen werden, denn "billige Arbeitskräfte, Asylanten und Rauschgifthändler" dringen "in den Ursprungsraum der weißen Völker ein". Um dies zu beenden, soll die "gegenwärtige Politik, die wesentlich vom jüdischen Geist des Rothschild´schen Dollarkapitalismus und des orientalischen Christentums im Verein mit der internationalen Pressemacht gelenkt wird" bekämpft und vernichtet werden. Dazu verfaßte der ex-Waffen-SSler "eine Generallinie für die wesentlichen politischen Entscheidungen und Zielsetzungen." Diese Gruseltheorie reicht von der Forderung nach "erbhygenischen Maßnahmen" über die Feststellung "der Sinn der Ehe ist das Kind" bis hin zum Aufruf "Kampf gegen die lebensfeindliche multikulturelle Ideologie".


Herbert Schweiger

Laut Impressum wurde Schweigers Buch von einer "Arbeitsgemeinschaft für Philosophie, Geschichte und Politik" herausgegeben und von der in Augsburg ansässigen "**J.P. Himmer GmbH**" gedruckt. Für das Layout zeichnet sich **Helmut Adolf Schatzmayr** verantwortlich. Der In Klagenfurt wohnende Neonazi wurde gemeinsam mit seinem Weggefährten **Andreas Thierry** im Herbst vergangenen Jahres wegen NS-Wiederbetätigung rechtskräftig zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Das braune Duo unterhält engste Kontakte zu dem im Wiener Briefbombenprozeß freigesprochene Neonazi **Franz Radl jun.** und wirkt als österreichische Führungscrew der in Deutschland 1992 verbotenen "Nationalistischen Front"(NF). Für die NF und ihre Nachfolgeorganisationen wirkt Schweiger seit Jahren als Ideologe und Verbindungsmitglied zu wohlhabenden Altnazis. Gemeinsam mit **Lisbeth Grolitsch** leitet er die im steirischen Graz ansässige fundamentalistische NS-Scharnierorganisation "Deutsches Kulturwerk" und den mit ihr eng verzahnten "Freundeskreis Ulrich von Hutten". Dieser führte im September vergangenen Jahres ein Treffen in Sachsen durch. Unter der Leitung von Grolitsch wurde dabei versucht, die zukünftige Strategie der Alt- und Neonazis festzulegen. "Waren die Briefbombenattentate richtig, sollen sie fortgesetzt werden, gegen welche Personen sollen sich künftig Anschläge und Terror richten?", waren einige der Kernfragen der Tagung, wie ein sich als Teilnehmer eingeschlichener Journalist berichtete.

Luigi Rossi ist Mitarbeiter der österreichischen Zeitschrift "Lotta Dura".

Braune Knasthilfe

In der aktuellen Ausgabe der von der neonazistischen "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene"(HNG) herausgegebenen "HNG-Nachrichten" findet sich der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende **Günter Dekkert** (56) wieder. Der in Bruchsal (Kreis Karlsruhe) einsitzende Deckert taucht inmitten von Inhaftierten der österreichischen, rechtsterroristischen "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) und Kroatien-Söldnern auf der Gefangenenliste der HNG auf. Gleichzeitig gab die in Stuttgart erscheinende "Deutsche Stimme" in ihrer aktuellen Januar-Ausgabe die Gründung eines "Kameradschaftshilfswerk für nationale Gefangene" bekannt. Anlaß der Vereinsgründung, so das NPD-Organ "Deutsche Stimme", war die "Inhaftierung von Günter Deckert sowie die Verurteilung von **Heino Förster**." Außerdem erwartet die NPD weitere Verfahren und Verurteilungen von Mitgliedern der ältesten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik. Zu den Gründungsmitgliedern des "Kameradschaftshilfswerkes", es soll demnächst in das Vereinsregister eingetragen werden, gehören zahlreiche hochrangige NPD-Funktionäre. Unter ihnen der Ehrenvorsitzende und langjährige bayrische Landeschef **Walter Bachmann**, die gegenwärtigen Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Bayern, Thüringen und Sachsen, **Udo Holtmann**, **Udo Voigt**, **Frank Golkowski** und **Jürgen Schön**, sowie der ehemalige Bundesführer der 1995 verbotenen "Wiking-Jugend", **Wolfgang Nahrath**. Zur Finanzierung der Aktivitäten bittet das "Kameradschaftshilfswerk" um Spenden mit der Maßgabe, "keine Spendensammlungen an Stammtischen und in Versammlungen durchzuführen".

Rechte Kontakte

Im badischen Rastatt traten am 26. Januar **Albert Lämmel** und der Leipziger Juso **Sascha Jung** vom "Hofgeismarerkreis" im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung zusammen auf. Lämmel steht einem "Arbeitskreis Demokratisches Geld-, Steuer-, Bodenrecht" vor. Deren Vierteljahresschrift "Der Schlüssel" erscheint seit 1955. Ziel Lämmels ist eine "schulden- und zinsfreie, demokratische, leistungsgerechte (ergokratische) Ordnung".Im Januar dieses Jahres organisierte er eine Tour des Österreichers **Peter Kurt Weiss** durch die Bundesrepublik. Motto der braunen Rundreise: "Weltkapitalismus - Diktatur der Weltgeschichte". Geworben wurde für die Vortragsreihe auch in dem NPD-Organ "Deutsche Stimme". Weiss ist ehemaliger FPÖ-Funktionär und gehört heute der Polit-Sekte "Bürgerschutz Österreich" (BSÖ) an.

Dänemark: Nazi-Sender provisorisch

Nachdem der DNSB um **Jonni Hansen** Ende November 1995 die Erlaubnis erhalten hatten, zusammen mit dem Classic-Radio einen lokalen Radiosender südlich von Kopenhagen aufzubauen, steht dieses Unternehmen jetzt durch den Ausstieg der schwedischen Kinnevik Mediengesellschaft, welche ihre Classic-Radio-Sender um Kopenhagen aus ökonomischen Gründen schließen wird, vor einer schwierigen Situation. Weitere Bemühungen der Nazis, einen anderen Sender zu finden, über dessen Frequenz sie ihre Propaganda verbreiten können, scheiterten bisher - nicht zuletzt durch die Organisierung einer breiten Antifa-Opposition in Kopenhagen. Die Errichtung eines eigenen Sendemastes auf DNSB-eigenem Gelände wurde von der lokalen Behörde untersagt.

Mit einer an einem Besenstiel befestigten Antenne hat nun Hansen und sein Gefolgsmann **Henrik Christensen** am 28. Februar in Greve einen provisorischen Sendebetrieb aufgenommen. Drei Stunden ging rassistische Rock-Musik über den Äther. Hätten die dänischen Neonazis den Sendebetieb nicht bis zu diesem Tag aufgenommen, wäre die vom dänischen Kultusministerium erteilte Sendelizenz erloschen. Eine weitere Auflage für die Lizenzerteilung war, daß der Sender, welcher den Namen "Radio Oase" tragen soll, nicht der Aufstachelung von Rassenhaß, der Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion und Geschlecht dienen darf. "Radio Oase" soll, so Hansen, zweimal wöchentlich jeweils drei Stunden ein "rassisch reines" Dänemark propagieren.

Anklage gegen Gary Lauck erhoben

Anfang Februar hat die Staatsanwaltschaft Hamburg Anklage gegen **Gary Lauck** vor dem Hamburger Landgericht erhoben.

Lauck, der im März letzten Jahres in Dänemark verhaftet und im September in die BRD ausgeliefert worden ist, wird vorgeworfen, mit „der NSDAP/AO eine kriminelle/terroristische Vereinigung gegründet und betrieben zu haben und zu Gewalt und Ausländerhaß aufgerufen zu haben": konkret geht es um die §129/129a, §130 und §86.

Laut Staatsanwaltschaft Hamburg wird es sich bei dem zu erwartenden Prozeß um einen Indizienprozeß handeln, in dem sich das Gericht hauptsächlich mit den Beweisen „NS-Kampfruf" und anderem Propagandamaterial beschäftigen werden wird.

Der Prozeßbeginn steht noch nicht fest.

Interessant an der Anklage gegen Lauck ist, inwieweit die Staatsanwaltschaft die Anklage auch gegen andere Neonazis ausweiten wird. Denn ursprünglich richteten sich die Ermittlungen gegen über 80 Personen. Hiervon sind viele Ermittlungen wegen „Aufruf zur Gewalt" und „Verbreitung verfassungswidriger Propaganda" an zuständige Amtsgerichte weiterverwiesen worden.

Dies sind allerdings hauptsächlich Anklagen gegen Empfänger von Propagandapost Laucks.

Ob die NSDAP/AO auch als terroristische Vereinigung angegangen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar. Bisher versuchte die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren, jeden Bezug zu NSDAP/AO-Kadern aus der BRD abzuweisen.

Einziger Hinweis auf die Ausweitung des Verfahrens ist eine Hausdurchsuchung bei **Christian Worch**, NSDAP/AO-Kader und Freund von Lauck, am 21.12.95. Grund der Hausdurchsuchung im Anschluß an einen Knastbesuch Worchs bei Lauck sollen Ermittlungsverfahren u.a. gegen Worch nach §129/129a, §130 und §86/86a sein.

Interessantere Informationen werden erst bei der Veröffentlichung der Anklageschrift und dem Prozeßbeginn zu erwarten sein. Bisher ist lediglich klar, daß Lauck sich von der Anwaltskanzlei **Jürgen Riegers** verteidigen läßt.

Volksverhetzung per Mailbox

Zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung verurteilte das Amtsgericht Schwetzingen am 8. Februar den 38jährigen Betreiber einer rechtsextremistischen Mailbox. **Jürgen Jost** alias **"Joschi"** betreibt in Oftersheim (Rhein-Neckar-Kreis) nahe Heidelberg die zum braunen "Thule-Netz" gehörende "Elias BBS" und ist Mitbegründer des "Thule-Netzes". Anlaß des Verfahrens gegen den Kraftfahrer Jost war ein antisemitischer Artikel "Zentralrat der Neandertaler" in seiner Mailbox "Elias BBS". Jost hatte auch dem vormaligen NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** (55) aus Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) beim Einrichten einer Mailbox geholfen. Im Oktober 1994 wurde die Computer-Mailbox von Jost beschlagnahmt. Bereits im Januar 1995 meldete sich Jost wieder online. "Trotz staatlichen Terrors! Trotz politischer Verfolgung! Joschi is back".

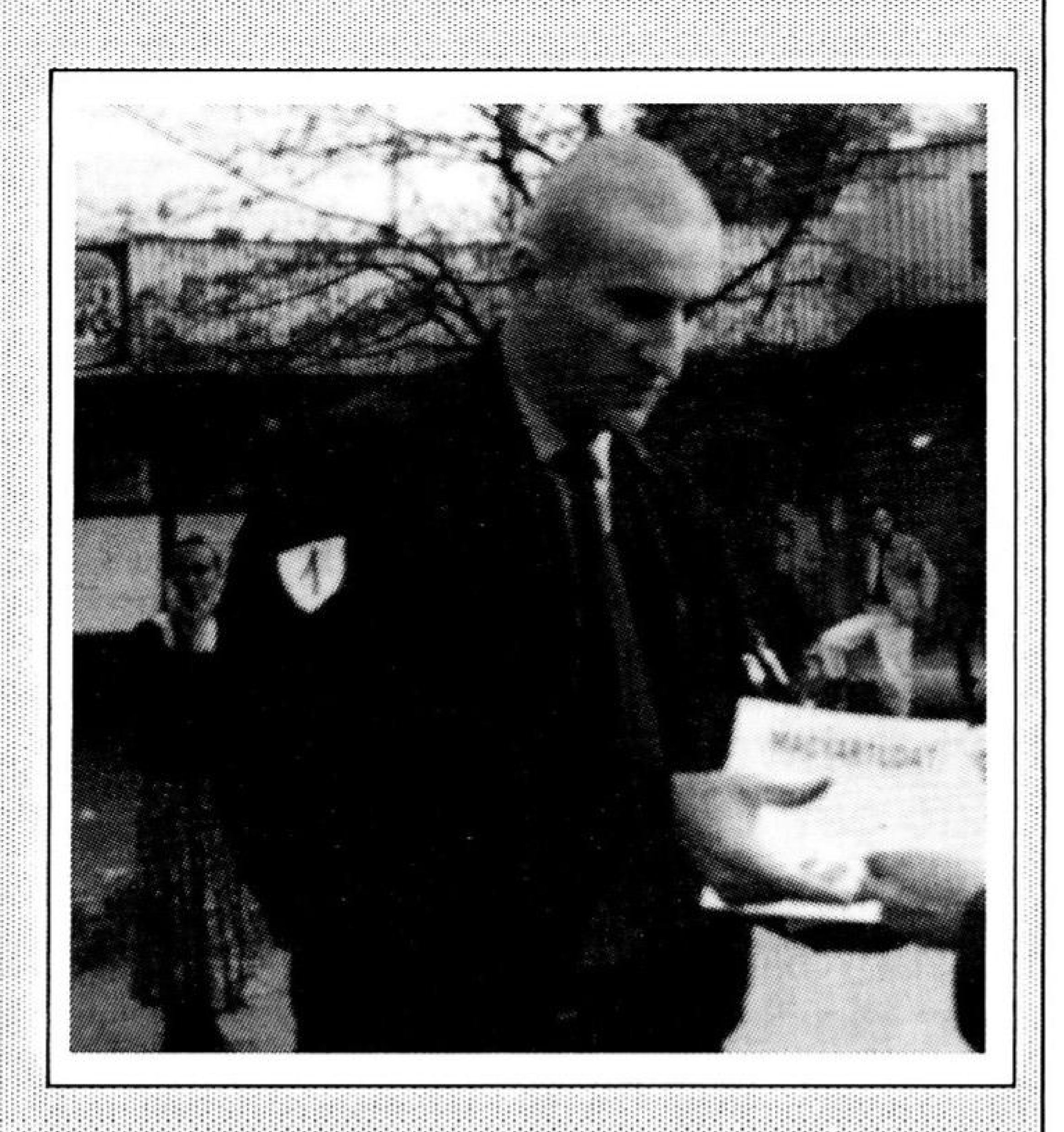
Treffen der GfP verhindert!

Am 20. Januar sollte ein Treffen der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) im Hotel Kaiserhof bei Minden stattfinden. AntifaschistInnen mobilisierten zu einer Blockade und verhinderten durch ihre Präsenz vor Ort das Treffen. Schon einige Male zuvor traf sich die GfP im Hotel Kaiserhof, das unterhalb des Porta-Denkmals steht. Geleitet werden die Veranstaltungen von **Sigrid Schenk** einer ehemaligen Polizeikommissarin. Schenk arbeitete auch schon 1992 mit dem damaligen 2. Vorsitzenden der Nationalistischen Front (NF) **Mathias Schwier** in der Bürgerinitiative "Wohnprojekt Ringstraße" zusammen. Als Hauptredner sollte **Harald Neubauer** sprechen. Er ist Bundesvorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL).

Durch die Blockade sahen sich die Veranstalter gezwungen ihr Treffen ausfallen zu lassen, was die anwesende Polizei den kommenden BesucherInnen durch Megaphondurchsagen mitteilte.

Ungarn: Nazi-Führer angeklagt

Der Führer der "Ungarischen Gesellschaft für gutes Leben", **Albert Szábo**, wurde, eben-



so wie der 55-jährige **István Györkös** aus Györ und fünf weiteren Jugendlichen, der Aufstachelung zum Rassenhaß, des Gebrauchs von Symbolen der Tyrannei und der Verbreitung von Nazi-Propaganda angeklagt.

Szábo, dem extensive Kontakte zu internationalen Faschisten nachgesagt werden, wuchs in Australien auf, wohin nach dem zweiten Weltkrieg viele extrem rechte Ungarn emigrierten. Er kehrte im Oktober 1993 nach Ungarn zurück, um die "Hungarian World National Popular Rule Party" (VNP) zu gründen. Nach deren Verbot gründete er gemeinsam mit Györkös die "Ungarische Gesellschaft für gutes Leben", welcher mittlerweile 3000 Mitglieder angehören. Von Szábo weiterhin bekannt ist seine Bewunderung für den ungarischen Führer der Nazi-Zeit, **Ferenc Szálasi**. Györkös hatte beabsichtigt, Mitglieder seiner in Györ ansässigen Wehrsportgruppe "Ungarische Nationalsozialistische Aktionsgruppe" nach Kroatien zu schicken.

Großbritannien: Prozeß gegen C18-Führer

Gegen die Köpfe der britischen Anti-Antifa-Gruppe "Combat 18", **William Browning** und **Paul David Sargent**, wird seit dem 27. Februar wegen dem Besitz und Vertrieb von Publikationen und CD´s, namentlich mit Aufnahmen der Skinheadband Skrewdriver, die zur Aufstachelung von Rassenhaß geeignet sind, am Londoner Old Bailey verhandelt. Während in Zukunft auch für Großbritannien vermehrt Aktionen von kleinen Nazi-Zellen aus dem "C18"-Umfeld nach dem Konzept des "führerlosen Widerstandes" zu erwarten sind, distanzierten sich skandinavische Faschisten um **Jonni Hansen** unlängst in der Ausgabe 4 ihres Magazins "Nordland" von Sargent und seinem "englischen Hooligan-Mob". In der jüngeren Vergangenheit hätte "Combat 18" vermehrt Kontraproduktivität bewiesen, wie etwa durch große Waffenverluste bei Beschlagnahmungen, durch das Bedrohen schwedischer Nazis oder andere planlose Terroraktionen.

Sönke Braasch

25 Jahre "Deutsche Volksunion"

Die Gründung des rechtsextremen Vereins "Deutsche Volksunion e.V." (DVU) erfolgte vor einem Vierteljahrhundert in der Münchner Franziskaner-Gaststätte. Anwesend waren an jenem 16. Januar 1971 dreizehn Gründungsmitglieder. Bis heute jedoch ist ein Name untrennbar mit der "Deutschen Volksunion" verbunden: Der des 63jährigen Münchner Verlegers Gerhard Frey. Dem promovierten Staatswissenschaftler Frey (geboren am 18.02.1933 in Cham) oblagen Regie und Eröffnung der Münchner Gründungsveranstaltung.

Gerhard Frey, so das amtliche Gründungsprotokoll, "eröffnet die Veranstaltung und begrüßt die Teilnehmer. Er erläutert die Zielsetzung des zu gründenden Vereins und weist auf die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Körperschaft hin."

Frey gelang es in den folgenden Jahren, die "Deutsche Volksunion" als festen Bestandteil des rechtsextremen Spektrums zu etablieren. In den 80er Jahren formierte Frey aus dem eingetragenen Verein eine politische Partei, die sich in der Teilnahme an Parlamentswahlen versuchte. Erfolge waren dem Kaufmann und Verleger Dr. Frey nur in den kleinen Bundesländern im Norden der Republik beschieden. 1987 und 1991 gelangte die Frey-Truppe DVU in die Bremer Bürgerschaft, 1992 kam ein Wahlerfolg in Schleswig-Holstein hinzu.

Abstieg der NPD

Die 1964 in Hannover gegründeten "Nationaldemokraten" hatten Anfang 1971 ihren Höhepunkt schon überschritten und befanden sich im Zerfall. In den 60er Jahren war der NPD der Einzug in sechs Landesparlamente der Bundesrepublik gelungen. Mit dem mißlungenen Sprung in den Bundestag im September 1969 - die NPD erzielte 4,3 Prozent - begann der rasche Abstieg der NPD. Anfang der 70er Jahre spalteten sich mehrere Gruppen von der NPD ab. Neue rechtsextreme Organisationen wurden initiiert. Darunter die "Aktion Neue Rechte" (ANR) um den ehemaligen bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Dr. **Siegfried Pöhlmann**, die "Deutsche Bürgerinitiative" des späteren Rechtsterroristen **Manfred Roeder** (66), die "Bauern- und Bürgerinitiative" des Altnazis **Thies Christophersen** (78), die "Partei der Arbeit" **Friedhelm Busses** (66), er war aus der NPD ausgeschlossen worden, und die "Deutsche Volksunion".

In den 80er Jahren machte die DVU mit ihrer erfolgreichen Wahlteilnahme in Bremen auf sich aufmerksam. Im September 1987, nachdem im selben Jahr die politische Partei "Deutsche Volksunion - Liste D" gegründet worden war, gelang der Truppe des Münchner Verlegers unter Einsatz großer finanzieller Mittel der Einzug in die Bremer Bürgerschaft. Der jüngst verstorbene **Hans Altermann** wurde zum ersten DVU-Parlamentarier auf Landesebene. Im Juni 1989 trat die "DVU-Liste D" unter Beteiligung der NPD zur Dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament an. Der Erfolg blieb der rechten Konkurrenz vorbehalten. Die "Republikaner" unter ihrem Spitzenkandidaten **Franz Schönhuber** (72) zogen mit einem Ergebnis von 7,1 Prozent in das Straßburger Parlament ein. Der "DVU-Liste D" blieb mit 1,6 Prozent, auch vor dem Hintergrund des intensiven Wahlkampfs, ein enttäuschendes Ergebnis. Das von Dr. Gerhard Frey später bestrittene "Wahlbündnis" mit der NPD wurde, so "Der Spiegel", 1993 von NPD-Chef Günter Deckert (56) aufgekündigt.



In den 25 Jahren ihres Bestehens machte sich die DVU wenig Freunde

DVU schmilzt in Bremen

1991 konnte die DVU ihren Bremer Erfolg der 80er Jahre mit 6,2 Prozent und sechs Mandaten, darunter die NPD-Politiker **Karl-Heinz Vorsatz** und **Hans Weidenbach**, ausbauen. Im Oktober 1991, wenige Wochen nach der Bremer Wahl, verließ der Rentner Altermann aus persönlicher Enttäuschung die DVU. Er warf dem "National-Zeitung"-Verleger Frey "Einmischung" vor. Der inzwischen verstorbene Vorsatz, er gehörte bereits von 1967 bis 1971 der Bremer Bürgerschaft an, wurde 1992 von der übrigen DVU-Fraktion isoliert. "Kniefall vor den Etablierten", lautete der Vorwurf an das damalige NPD-Präsidiumsmitglied Vorsatz. Durch sein Verhalten sei "die Grundlage für eine wirkliche Oppositionsarbeit genommen", so die fundamentalistische Erklärung der vier gegenüber Frey loyalen Bremer DVU-Abgeordneten. Für weiteres Aufsehen sorgte die DVU zusammen mit der Gruppe der "National-Konservativen" (NK) um Hans Altermann, **Peter Nennstiel** (52) und **Klaus Blome**, der nach Presseberichten vor seiner Parlamentszeit auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes stand, Anfang vergangenen Jahres. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Dieter Klink (SPD), forderte die Rückzahlung von rund 500.000 DM. Klink warf den beiden Bürgerschaftsgruppen vor, sie hätten Fraktions- und Gruppengelder "in gravierendem Maße mißbräuchlich verwendet". So wurden unter anderem 28.800 Exemplare der "Deutschen Wochen-Zeitung" (DWZ) gekauft und verteilt. Fünf Wochen lang ließ die DVU an 10.800 Leser der DWZ Freiabonnements verschicken. Der DVU-Geschäftsführer **Sven Eggers**, mit über 100.000 Mark Jahresgehalt besoldet, verbrachte die meiste Zeit in München, wo er als Chefredakteur der "Deutschen Wochenzeitung" fungierte. Per Telefax schickte der Journalist Eggers Parlamentsanträge, so die "Süddeutsche Zeitung" (SZ), an die Weser. "Der wurde uns als Geschäftsführer vorgesetzt, so wie alle anderen uns vorgesetzt wurde", zitierte die SZ eine ausgestiegene DVU-Mitarbeiterin. Mit dem Austritt von Peter Nennstiel aus der DVU Anfang 1993 verlor diese den Fraktionsstatus samt dem dazugehörige Geschäftsführer. Bei der jüngsten Bremer Bürgerschaftswahl vom 15. Mai 1995 scheiterte die DVU mit 2,5 Prozent auf Landesebene. Zwei Jahre vorher mißlang in Hamburg der Einzug in die Bürgerschaft der Hansestadt ebenso wie die Teilnahme an der Frankfurter Kommunalwahl.

Ein Jahr nach dem Erfolg von Bremen gelang der DVU im April 1992 mit 6,3 Prozent und sechs Abgeordneten der Einzug in das Kieler Landesparlament. Die DVU-Hochbur-

gen in Schleswig-Holstein lagen in den Städten Lübeck und Neumünster, wo die DVU knapp zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Rund 675.000 Mark an Wahlkampfkostenerstattung flossen in die Kassen der DVU, nachdem Frey den Wahlkampf mit 2,1 Millionen Mark zuvor aufwendig unterstützt hatte. Bereits ein Jahr später zerfiel die schleswig-holsteinische DVU-Fraktion. Vorübergehend bildeten vier Parlamentarier eine Fraktion der 1991 gegründeten DVU-Konkurrenz "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH). Derzeit bekennen sich die Landtagsabgeordneten **Renate Köhler**, **Helmut Thienemann** und **Benvenuto-Paul Friese** zu Freys DVU. **Ingo Stawitz**, einstiger DVU-Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender ("Kieler Statthalter"), ist heute einer der Bundessprecher der DLVH. Bei der Landtagswahl am 24. März will die DVU versuchen, wieder in das Parlament des nördlichsten Bundeslandes einzuziehen.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht charakterisiert die DVU als "von Dr. Gerhard Frey zentralistisch geführt". In den insgesamt sechzehn Landesverbänden fänden sich 1994 rund 20.000 Mitglieder organisiert, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 6.000 Mitgliedern bedeutet. Jedoch wird darauf hingewiesen, daß der Bundesvorsitzende höhere Zahlen beansprucht. Das Parteileben der DVU findet vorrangig in der Münchner Paosostraße, der Residenz Freys, statt. Die Partei und ihre Landesverbände sind durch Passivität gekennzeichnet. Bezeichnenderweise fand 1994 ein gemeinsamer Landesparteitag der DVU-Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz statt. Eine Studie der "Konrad-Adenauer-Stiftung" gelangte 1993 zu dem Schluß, die parlamentarische Arbeit der DVU sei "inkompetent, zerstritten und politikunfähig". Weiter beschrieb die Studie die DVU als "eindeutig rechtsextremistisch, unseriös und inkompetent". Im Vordergrund der DVU stehen neben den beiden auflagenstarken Wochenzeitungen "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) und "Deutsche Wochenzeitung" (DWZ) sowie dem gewinnträchtigen Versandhandel die alljährliche Großveranstaltung in Passau. Seit 1983 versuchte die Stadt Passau in mehr als 25 Verfahren, DVU-Veranstaltungen in der Nibelungenhalle zu verhindern. Bei dem Großspektakel nehmen regelmäßig einige Tausend Mitglieder und Sympathisanten der DVU teil. Geboten werden Ansprachen des unbestrittenen DVU-Vorsitzenden und mehr oder minder prominenter Gäste wie dem englischen Revisionisten **David Irving**.

Offiziell führt die DVU eine strikte Abgrenzungspolitik gegenüber neonazistischen Organisationen durch. Regelmäßig werden Unvereinbarkeitsbeschlüsse veröffentlicht. So heißt es beispielsweise, "unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DVU ist die gleichzeitige Zugehörigkeit zu Gruppierungen der Skinheads." Tatsächlich gehörten in der Vergangenheit immer wieder Neonazis wie **Ingo Hasselbach** (28) der DVU an. **Markus Gartmann** (25), einer der Verurteilten von Solingen, war vorübergehend Mitglied der DVU. Bei einer Hausdurchsuchung bei Gartmann fand sich ein mit Datum vom 22. April 1992 versehener Mitgliedsausweis. Einer der mutmaßlichen Brandstifter der Lübecker Synagoge, **Niko Trapiel**, ließ sich von der DVU Aufkleber und Schriften schicken. Der heutige Bundessprecher der "Deutschen Liga" **Harald Neubauer**, in den 80er Jahren für die Presse von Frey tätig, soll nach Aussage des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen der NSDAP/AO angehört haben. Für **Karl-Heinz Hoffmann** (57), Gründer der gleichnamigen Wehrsportgruppe, beglich der Herausgeber der "Deutschen National-Zeitung" in den 70er Jahren einen Strafbefehl in Höhe von 8.000 Mark. Der 23jährige **Michael Petri**, Bundesvorsitzender der neonazistischen "Deutschen Nationalisten" aus dem Umfeld Kühnens, leitete "bereits als Jugendlicher", so der aktuelle Verfassungsschutzbericht der Bundesrepublik Deutschland, "einen Ortsverband der rechtsextremistischen DVU". **Ulrich Schwetasch** (35) war Funktionär der NPD und ihrer Nachwuchsorganisation, der "Jungen Nationaldemokraten", ehe er zur DVU stieß. Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl vom 5. April 1992 kandidierte Schwetasch in Segeberg-Ost für die DVU. Schwetasch verließ die DVU Ende 1992 wieder und kündigte im folgenden Jahr ein Buch über die DVU an. Per Inserat in der "Jungen Freiheit" suchte Schwetasch Unterlagen: "Erstelle Buch über die 'Machenschaften' des Dr. Frey. Wer kann verwertbares Material beitragen? Wichtig auch seine Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich. Vertraulichkeit wird garantiert." Schwetasch, der auch Kontakt zur "Nationalen Liste" des Hamburger Neonazis **Christian Worch** (39) unterhielt, galt fortan Freys Presse als "Denunziant", "Hochstapler", "Bankrotteur" und "Subjekt". In der DNZ wurde im vergangenen Jahr vor ihm gewarnt. "Schwetasch ist tätowiert und nicht selten schon am Morgen betrunken. Er spricht auffällig schlechtes Deutsch und gilt als aggressiv. Vor jedem Kontakt mit dem Agenten wird gewarnt."

In den 70 und 80er Jahren suchte Frey den Kontakt zur NPD. 1975 bewarb er sich im Rahmen des 9. ordentlichen NPD-Parteitages in Ketsch (Rhein-Neckar-Kreis) vergeblich um das Amt eines stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden. Er unterlag bei der Stichwahl dem späteren NPD-Chef **Günter Deckert**. Der Verleger Frey zog daraufhin die Zusage zur Herausgabe einer NPD-Zeitung zurück. (Seit 1976 erscheint die "Deutsche Stimme" als Parteiorgan der "Nationaldemokraten".) 1987 fanden „Nationaldemokraten" und Frey wieder zueinander. In einer 1987 verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung" nahm man Abschied vom „unfruchtbaren Gegeneinander der Vergangenheit". Unter „Wahrung ihrer Organisation und politischen Eigenständigkeit" wurde ein gemeinsames Vorgehen von NPD und „DVU-Liste D" bei Wahlen verabredet. Ziel der Absprache war eine „wesentlich stärkere Durchschlagskraft" der extremen Rechten. In den 90er Jahren wandte sich Frey den „Republikanern" zu. Im August 1994 trafen sich Frey und der damalige REP-Bundesvorsitzende Schönhuber. Bei dem spektakulären Treffen wurde eine "rechte Abwehrkraft" vereinbart. Das Treffen brachte nicht den gewünschten Erfolg. Wenige Monate später folgte Dr. **Rolf Schlierer** (40) im Dezember 1994 auf Schönhuber im Amt des Parteivorsitzenden; die rechte Liaison war vorerst beendet.

International scheint Frey wenig wählerisch zu sein. Zum obskuren Politiker **Wladmir Schirinowskij** (48), Vorsitzender der chauvinistischen "Liberal-Demokratischen Partei Rußlands" (LDP), unterhält der Verleger und Multimillionär enge Beziehungen. Schirinowskij und Frey traten seit 1992 verschiedene Male, darunter 1993 in Passau, zusammen auf. Auf dem DVU-Bundesparteitag im Dezember 1993 wurde eine Entschließung verabschiedet, die vorsah, "die persönliche Freundschaft mit Wladimir Schirinowskij zu festigen und im Sinne der friedlichen Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen weiterzuwirken." In der "National-Zeitung" kommt "Russen-Hitler", so die Boulevardpresse, Schirinowskij gelegentlich zu Wort, um seine "wirklichen Ansichten" darlegen zu können. Jüngst forderte der Duma-Abgeordnete und "persönliche Freund" Freys, Schirinowskij, in Rußland öffentlich den Einsatz von Napalm als militärische Antwort auf den Konflikt in Tschetschenien.

DVU-Gründer

Zu den DVU-Gründungsmitgliedern zählte neben dem Vorsitzenden Frey der erste Stellvertreter Dr. jur. **Fritz von Randow**. Der Hamburger Rechtsanwalt von Randow verstarb am 1.April des vergangenen Jahres im Alter von 87 Jahren. Zuletzt war von Randow Ehrenvorsitzender des DVU-Landesverbandes Hamburg. Die Mitgründer **Werner Eichinger**, Vorsitzender des "Arbeitskreises verfassungstreuer Jungbürger", und der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete und "Witikone" **Walter Brandner** (75), Vorsitzender des "Arbeitskreises zur Förderung nationaler Politik", fanden den Weg von der NPD zur DVU. **Erwin Arlt**, er wurde zweiter Stellvertreter von Frey, war Bundesvorsitzender der 1962 gegründeten revanchistischen "Aktion Oder/Neiße" (AKON). Zu "Beiräten" der DVU wurden Oberlandeskirchenrat **Hermann Mertens**, Kiel, Oberrechtsrat, CDU-Ortsvorsitzender und Gründungsmitglied des "Deutschen Seminars" Dr. **Werner Nowak**, Plochingen, und Dr. **Kurt Poschardt**, Bezirksvorsitzender der "Bayern-Partei" aus Unterpfaffenhofen. **Albrecht Müller**, Vorsitzender der "Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" aus Hamburg, die Vertriebenen-Funktionäre **Emmerich Giel** und **Paul Pfisterer** aus München, Dr. **Wilhelm Böhm**, Nürnberg, und Schriftsteller Dr. **Wilhelm Pleyer**, Stocking, vervollständigten 1971 den Gründungsausschuß der DVU, der "überparteilichen Vereinigung zur Sammlung der verfassungstreuen Kräfte der Mitte und der Rechten". Werner Eichinger, eines der letzten lebenden Mitglieder des DVU-Gründungsausschusses, betätigt sich nach einem Intermezzo bei den "Republikanern" in Bayern als Miltenberger REP-Kreisvorsitzender heute bei der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH). Er steht seit 1994 dem bayerischen DLVH-Landesverband vor

Andrea Röpke

Kam ... sah . . . - siegte ???

Vor 53 Jahren ermordete ein dänischer SS-Offizier, zusammen mit zwei anderen Kumpanen den bekannten dänischen Journalisten Carl Henrik Clemmensen , der für den dänischen Widerstand arbeitete und so unvorsichtig war, vor den Nazis auszuspucken. Einer der Täter war 1946 in Dänemark zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, einem gelang es unterzutauchen. Er galt für Jahrzehnte als der meistgesuchte dänische Kriegsverbrecher. Heute ist er deutscher Staatsbürger und lebt seit Jahrzehnten in Kempten.

Seine Leidenschaft Nazitreffen zu besuchen, riß ihn aus seiner wohlbehüteten oberbayrischen Heimeligkeit und brachte wieder mal die alte Geschichte zu Tage. In Krumpendorf am Wörthersee war der dänische Ritterkreuzträger **Sören Kam** wieder voll in seinem Element. Gelernt ist gelernt. Mit schneidiger, das Befehlen gewöhnter Stimme tadelte er den SS-Mann Kristensen: „Wenn ich neun Uhr sage, dann meine ich auch neun Uhr und nicht fünf nach neun."

Kam hatte seine Männer fest im Griff. Schließlich ging es an diesem 3. Oktober 1995 nicht um irgend eine Verabredung; seine Freundin **Gudrun Burwitz**, die Tochter des ehemaligen Reichsführer-SS Heinrich Himmler, persönlich hielt Hof. Redlich hatten sich **Vagner Kristensen**, dänischer Freiwilliger der SS, und sein Freund, der damalige Leiter der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, einer Außenstelle des Bundesarchivs in Rastatt, **Volker Ziel** um eine Audienz bei ihr bemüht- und dem hünenhaften Kam die Hölle heiß gemacht, um vorgestellt zu werden.

Hier am Ulrichsberg galten noch die alten Hierarchien, alle akzeptierten sie, selbst die jungen Burschenschaftler aus Hamburg, die allabendlich mit den alten Schergen feierten. Sprachen zwei Ritterkreuzträger miteinander, so hatte auch ein Museumsdirektor wie Ziel zu schweigen. Was für die Hinterstuben in Krumpendorf galt, war vor allem bei den offiziellen Feierlichkeiten nicht anders. Vor ein paar Jahren hielt Kam noch die ganz großen Reden dort oben auf dem Berg; seitdem zunehmend „Gruftspione“ (Zitat Jörg Haider) auftauchten, zog er sich in den Hintergrund zurück. Nur ein ganz kleiner Kreis eingeweihter Mitwisser wußte genaueres über seine Vergangenheit: "Der Sören muß eben vorsichtig sein. Er ist in seinem Vaterland zum Tode verurteilt worden. Er hat dem dänischen Justizministerium geschrieben, aber die wollen ihn auch heute noch nicht unbescholten einreisen lassen. Lange Zeit hat er unter falschem Namen leben müssen und nur seine Eltern wußten Bescheid und da war mal was mit den Amerikanern. . . nun lebt er schon lange in Kempten", erzählt seine andere Vertraute, die ehemalige BDM-Führerin und Hitler-Verehrerin **Tove Ström**.

Gerade so ein Leben bringt Anerkennung bei den alten Kameraden. Über seine Tat wird nicht geredet, schon gar nicht, daß er ein Mörder ist - man ist ja unter sich.

Ein böses Erwachen gab es für den SS-Mann Sören Kam einige Wochen später - wieder daheim im Allgäu - als Zeitungen über ihn und seine Garde-Rolle beim Ulrichsbergtreffen berichteten. Während sich der Führer der österreichischen Rechten, **Jörg Haider**, langsam von den Schrecken seiner ganz normalen Rede erholen kann, haben die angesprochenen „anständigen Menschen“ - explizit die Person Kams - jetzt mit den Folgen zu kämpfen.

Daß Kam ausgerechnet einen Journalisten auf dem Gewissen hat, mag die dänischen Zeitungen besonders erregt haben, aber auch seine jetzige politische Haltung: „Ich bestreite nicht, daß ich Nazi war, ... ich wähle seit 36 Jahren die CSU“ wird ihren Teil genauso dazu beigetragen haben, wie die Feststellung, daß die Dänen eine politische Empfindlichkeit gegenüber Kollaborateuren haben.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des dänischen Folketing, Elmquist, forderte jetzt, daß Kam entweder an Dänemark ausgeliefert werde oder daß er in Deutschland vor Gericht gestellt werden solle. (FAZ 31.1.96) Jedoch einen schon vor Jahren gestellten Auslieferungsantrag neu zu stellen, wird einiger Mühen bedürfen, außerdem gilt es als wenig erfolgversprechendes Anliegen, da Kam inzwischen deutscher Staatsbürger ist. Juristisch kann er sich wohl auch weiterhin in Sicherheit wiegen, die Münchener Staatsanwaltschaft IPI sucht noch seine Akten, wenn er auch seinen Urlaub weiterhin in Schleswig-Holstein verbringen muß, um einen „Blick auf sein Vaterland zu werfen“.



Aber wenn es tatsächlich hart auf hart für Kam kommen sollte, ist da noch seine gute alte Freundin Gudrun Burwitz und die ist bekanntlich Betreuerin bei der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene“.

Potsdamer Appell initiiert

Dem Gedenken müssen Taten folgen! So heißt es in dem Mitte Februar initiierten Potsdamer Appell. Befürchtet wird, daß der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus die Öffentlichkeit in und außerhalb Deutschlands beruhigt und zur “Gedenkroutine” verkommt, wenn keine Taten folgen. Gefordert wird die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit.

Die Initiatoren des Appells weisen darauf hin, daß die Rolle der NS-Justiz in den offiziellen Reden zum Gedenktag am 27.2.1996 nicht zur Sprache kam. Und das, obwohl die NS-Terrorjustiz über 46.000 Todesurteile zu verantworten habe. Die 30.000 Todesurteile, die die etwa 3.000 NS-Militärjuristen unterzeichneten, kosteten mehr als 20.000 Menschen das Leben. Sie wurden verurteilt wegen sogenannter Wehrkraftzersetzung, wegen Hoch- und Landesverrates, angeblicher Spionage, unterstellter Feindbegünstigung und Fahnenflucht. Der Bundesgerichtshof habe dieses zwar als “Blutjustiz” bezeichnet, aber von deutschen Gerichten sei bisher kein einziger NS-Jourist rechtskräftig verurteilt worden. Im Gegenteil: Viele ehemalige Miltärrichter kamen in der Bundesrepublik wieder in höchste Positionen: z.B. **Hans-Karl Filbinger** (ex-Ministerpräsident von Baden-Württemberg), **Erich Schwinge** (Rektor der Universität Marburg), **Werner Hülle** (Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg), u.a..

In dem Appell wird dementsprechend u.a. eine Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz und der Sondergerichte durch den Bundestag, eine Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der NS-Miltärjustiz gefordert.

Andreas Speit

Die Neue Akropolis - zwischen Esoterik und Faschismus

In seriösem Ambiente und gediegener Atmosphäre führt die „Neue Akropolis“ seit 1991 in ihrem Hamburger Zentrum diverse esoterische sowie religionsphilosophische Veranstaltungen, Seminare und Kurse durch.

Das „Freie Philosophische Zentrum e.V.“ trat erstmals in der Bundesrepublik 1978 in München in Erscheinung. Ihre Themenangebote reichen von Buddhismus, Hinduismus, Keltentum über Alchemie, Bachblüten bis hin zu Philosophien der Antike. Doch der „schöne Schein“ trügt und wirft dunkle Schatten.

Basierend auf **H. P. Blavatskys** Theosophie und Platons Individuums- und Staatsverständnis formulierte der Argentinier **J. A. Livraga**, 1991 verstorben, das esoterische Fundament der von ihm 1957 als „Schule der Philosophie“ ins Leben gerufenen „Neuen Akropolis“. Während in ihrer Satzung wie auch in ihrer „Charta“ viel von Brüderlichkeit, „unabhängig von Rassen, sozialem Umfeld, Glauben, Geschlecht und Nationalität“ sowie dem vergleichenden Studium der Religionen, Wissenschaften, Philosophien und Künsten, als auch von der Erforschung der „unentdeckten Gesetzen der Natur und den latenten Fähigkeiten im Menschen“ zu lesen ist, offenbart sich ihr wahrer Charakter in ihren offiziellen und internen Schriften, die im Eigenverlag erscheinen.

Livragas Lehre nach gilt die alte Welt als krank und dekadent. Schuld daran sei der „liberale Materialismus“ sowie der Kapitalismus und Kommunismus. Mit ihnen wären die Verunsicherungen, Verwirrungen und Entwurzelungen gewachsen. Die „Neue Akropolis“, die in 50 Staaten mit 200 Zentren verbreitet ist, setzt dem ihre esoterische Einstellung entgegen und versteht sich als Hüterin alter Zivilisationen und Weisheiten. Dieses „rechte“ und „alte Wissen“ möchte sie wiederbeleben, wie es in ihrem Handbuch „Einführung in die spirituellen Übungen“ heißt. Unter Dekadenz versteht sie u.a., daß man „dem Schwachen“ mehr Wert als „dem Starken“, „dem Idioten mehr als dem Intelligenten (...) sowie der Gewalt mehr Wert als dem Krieg“ beimesse. Propagiert wird die Etablierung einer „aristokratischen totalitären Regierung“, denn die Demokratie gilt als „Gefangenschaft des Bürgers“ und jegliche emanzipatorische Bewegung wird sogleich als „diabolisch“ betrachtet. Als Vision schwebt den weltweit über 3000, in Deutschland rund 100 Akropolitanern, ein Staat wie eine Familie vor, mit dem Vater als Regenten, der alle Belange, von der Schwangerschafts- bis hin zur Altenbetreuung regelt.

Mit Hilfe eines „neuen Menschen“ soll ihr „neues Zeitalter“ heraufkommen. Dieser „neue Mensch“ entwickelt sich durch Yoga-Übungen und spirituelle Übungen sowie durch Disziplin und Ordnung. Nur so könne der „göttliche Funke“ geweckt werden und der Mensch sich selbstvergöttlichen zum Übermenschen. Dabei gilt, laut den „spirituellen Übungen“, die Grundregel, „daß die Last der Schwachen die Starken untergehen läßt“, deshalb müsse man die „Unfähigen“ zurücklassen. Neben des „starken Menschen“ bedarf es einer starken Organisation. In der bereits zitierten Schrift heißt es: „Unser Schiff (die Neue Akropolis, d.V.), das kühn bei immer bedrohlicher werdenden Wellen des beginnenden Zeitalters des Wassermannes durchschneidet, hat einen Rumpf aus Stahl, nicht aus zerbrechlichem Porzellan. Wir können nicht gleichzeitig das Schiff steuern und das menschliche Geschirrgut pflegen (...) Der Kult der Schwäche muß drastisch ausgetrieben werden.“ Dieses Schiff bedarf „solider junger Menschen“ und „keine immer größer werdender Ladung ängstlicher Mäuse. Ihre Last und ihr hysterisches Gerenne würde das Schiff zum Kentern bringen“.

Damit innerhalb der Organisation nichts durcheinanderläuft, ist die Neue Akropolis pyramidenförmig hierarchisch aufgebaut. Leitende Persönlichkeiten der „Akropolis“ werden jeweils von der höheren Instanz benannt. Neben den internationalen Instanzen steht jeder nationalen „Neuen Akropolis“ ein „nationaler Zentralkommandant“ vor, der den Nationalrat berät und die einzelnen Mitglieder benennt. Vier Sekretäre oder Sekretärinnen bilden den Rat. Ab einer Größe von über 15 Mitgliedern empfiehlt Livraga die Etablierung eines Sicherheitsdienstes. In Frankreich und Spanien hat der „Dienst“ bereits von sich Reden gemacht. Der Leiter des Sicherheitsdienstes wird vom nationalen Zentralkommandanten benannt.

Bevor man überhaupt in den engeren Kreis der „Neuen Akropolis“ aufgenommen und gegebenenfalls berufen werden kann, muß man etliche Kurse und Seminare abgeschlossen haben. Die „Selbstfindung“ geht einher mit der Zerstörung der Individualität. Wie in esoterischen Kreisen üblich funktioniert die „Erleuchtung“ nur in einem Schüler-Lehrer-Verhältnis. Wobei der „Hauptfeind“ laut Livaragas „Le Labyrinthe du Lapis-lazuli“ die „Persönlichkeit des Schülers“ ist, die „ohne Skrupel ausgelöscht werden“ muß.

Das Frauenbild der AkropolitanerInnen ist ebenso klassisch für die Esoterik. Aufgrund der angeblich besonderen spirituell-natürlichen Fähigkeiten der Frau kümmert sich die Akropolitanerin um die sozialen Belange und Wärme der Gemeinschaft, was einer Leitungsfunktion nicht widerspricht.

In Anlehnung an Madame Blavatskys Wurzelrassenlehre, die sich in allen esoterisch-rassistischen Strömungen wiederfindet, offenbart Livraga in „Der neue Rassismus“ den esoterischen Rassismus der Akropolitaner. „Es wäre durchweg positiv, Verständnis für all das aufzubringen, was jeder Völkergruppe eigen ist und ihnen das zu geben, was ihnen wirklich zusteht; doch dies sollte nicht damit verwechselt werden, daß man unter Umständen Vorstellungen von Gruppen, die möglicherweise noch nicht aus dem Stadium des Spätpaläolithikums herausgefunden haben, und denkt, sie könnten uns in Moral, Kunst, Politik und Verhalten eines Besseren belehren (...) man glaubt, es sei eine Art von Verbrechen, von weißer Haut, Europäer und gebildet zu sein, und müsse es hinter pseudoafrikanischer Aufmachung mit entsprechender Musik und Kleidung verstecken“.

In anderen Worten vernimmt man dies nicht nur an deutschen Stammtischen, sonderen liest es auch in neofaschistischer und sog. „neurechter“, als Ethnopluralismus etikettiert, Literatur. Welche Mittel u.a. für die Erlangung ihrer weltlichen Ziele erlaubt sind, macht Livraga in „Briefe an Delia und Fernando“ deutlich: „Es ist ein größeres Verbrechen, eine Ameise grundlos zu töten, als einen Menschen im Namen eines Ideals“. Dank solcher esoterischer Erkenntnisse konnte die Akropolis sich in Europa zuerst 1967 in Francos Spanien etablieren, wo die derzeitige Präsidentin **Delia Steinberg Guzmann** lebt. Ebenso gesellschaftlich verankert und mit einem Hang nach Rechts tritt die französische „Neue Akropolis“ in Erscheinung. Es bestehen Kontakte zur Front National und zum Studienzentrum GRECE der Nouvelle Droite, dem französischen Pendant der sog. „Neuen Rechten“. 1982 wies ein Pariser Gericht eine Verleumdungsklage der „Akropolis“ wegen eines entsprechenden Berichts gegen Le Monde zurück. Für die Urteilsbegründung waren die Schriften Livragas und die Prinzipien ihres Sicherheistdienstes ausschlaggebend. In der von ihnen angestrebten Revision unterlagen die Akropolitaner 1984.

Der deutsche Ableger, aktiv in München, Hamburg und Stuttgart, hält sich bedeckt. Rechtsextreme und neofaschistische Kontakte sind nicht bekannt. Wie unklar ihr Verhältnis zu Rechts ist, offenbarte die Leiterin des Hamburger Zentrums **Hilde Mayer-Gutdeutsch**. Sie gab sich, darauf angesprochen, überrascht und unwissend. In Bezug auf Frankreich stellte sie fest, daß dies Denunziationen von linksradikaler Seite seien, und hierfür würden 15 Jahre alte Zitate von Livraga herangezogen. Daß sie selbiges machen, u.a. seine Artikel und Aufsätze in ihrer zweimonatlichen Periodika „Neue Akropolis“ publizieren, ist für sie kein Widerspruch. Ebenso wenig, wie die Feststellung, daß Livraga, der sich auch rühmte, beim Putsch in Chile auf Seiten Pinochets mitgewirkt zu haben, bis dato als Führer geehrt wird. Grundsätzlich ist es ihr unverständlich, wie man aus Livragas Aussagen Segmente eines esoterischen Sozialdarwinismus, Rassismus und Antidemokratismus herauslesen kann, die zu faschistoiden Konzepten führen könnten.

Weniger Probleme hat hiermit die österreichische Leiterin aus Wien **Maria Paz de Benito**. Sie hält den Faschismus an sich für etwas Gutes. Mayer-Gutdeutsch ist all dies bekannt. Trotz allem hält sie die Vorwürfe für absurd. Außerdem würden auch sie sich gegen „Rechts“ engagieren. Vielleicht sollte eine kritische Selbstreflexion der erste Schritt sein.

Vielen Dank für Hilfe und Material an den Hamburger „Arbeitskreis gegen Neue Akropolis“.

Nachdem wir in den beiden letzten Heften des Rechten Randes Artikel zu den Aktivitäten der „Ludendorffer“ veröffentlicht haben, stellt die Autorin einen Grundbestandteil der „Deutschen Gotterkenntnis“ dar.

Lisa Böhne:

Die rassistische Grundlage der „Deutschen Gotterkenntnis“

Die Ideologie der „Ludendorffer“ basiert auf einem evolutionistisch abgeleiteten Weltbild mit rassistischer Grundlage (vgl., M. Ludendorff, „Triumph des Unsterblichkeitwillens“, Pähl 1973/1. Aufl. 1922). Die Lehre der Mathilde Ludendorff soll, nach ihrer Interpretation, den Völkern zu einer Emanzipation vom Joch christlicher Wertvorstellungen und zu arteigenem Gotterleben verhelfen.

Christentum insgesamt sei in Wahrheit nur eine Facette der Verschwörung des Weltjudentums zur Erringung der Weltherrschaft. Dieser Verschwörung gehören neben den Kirchen auch Freimaurer und Marxisten/Sozialisten an (u.a. M. Ludendorff, „Erlösung von Jesu Christo“ Pähl 1967/ 1. Aufl. 1931). Wegen der Komplexität der Thematik beschränke ich mich in diesem Artikel auf die Darstellung rassischer Begründungszusammenhänge.

Um die Behauptung aufstellen zu können, Rassenmischung führe zu „Volkstod“, werden durch die Autorin Begriffe wie „Volksseele“ und „Rasseerbgut“ geprägt.

Das „Rasseerbgut“ wirkt im Unterbewußtsein und entsteht während der Frühzeit:

„Ganz ebenso wie ein Erbinstinkt im Tiere in einer besonderen Schicksalsstunde zum erstenmal von dem Ahn dieser Tiere angewandt wurde und sich dann erst auf die Nachfahren vererbte, so enstand auch dieses Erbgut der Rasse. Es gab auch für diese Entstehung ein 'plastisches Zeitalter', d.h. also eine Zeit, in der sich wahrscheinlich in außergewöhnlichen Schicksalsstunden ein Gotterlebnis ... auf die Erbsubstanz der Keimzellen übertrug.“ (a.a.O. S. 74)

Neben dem erblichen Gotterleben werden auch die damit „verwobenen“ Rassecharaktereigenschaften vererbt. Menschen gleicher Rasse teilen deshalb Rassecharakter, Gotterleben, Kultur, Sitten und Gebräuche.

Der stärkste Antrieb des Menschen ist der Selbsterhaltungswille, der von „Lustwollen“ und „Leidvermeidung“ völlig dominiert werden kann. Dieser „lustversklavte Selbsterhaltungswille“ kann, da der Mensch frei über seine Lebensweise bestimmt, das gegenseitige Verstehen im Volke gefährden. Darum ist ein einheitliches Rasseerbgut „ ... der rettende Freund ... eines blutreinen, im artgemäßen Gottglauben lebenden Volkes vor allem bei einschneidenden seelischen Erlebnissen.“ (Die Volksseele und ihre Machtgestalter, Pähl 1955/Erstaufl. 1933, S. 75)

Die Seele hat drei Kräfte. Unter dem Befehl des Selbsterhaltungswillen stehen der Wille zum Wandel in Tatkraft und der Wille zum Verweilen.

Nicht äußere, sondern seelische Merkmale sind ausschlaggebend. Wichtigstes Unterscheidungsmerkmal ist das ererbte Gotterleben der Rassen:

1.) Es gibt „Lichtrassen“, deren Gotterleben durch eine Lichtlehre gekennzeichnet ist. Diese drückt sich aus durch Freiheitswillen, Mut, heldische Entschlossenheit und Aufrechtstehen vor Gott.

2.) Die „Schachtrassen“ sind die Erdgebundenen. Ihre Schachtlehre ist überzeugt von der Unvollkommenheit und Sündhaftigkeit der Menschenseele ohne Ausweg. Ihre VertreterInnen sind gekennzeichnet durch Feigheit, Sklaventum, stumpfe Schicksalsergebung und Mangel an Kraft zum Selbstwandel. Beide Rassen haben aber auch ein Potential in die andere Richtung. So kann als „Schattenseite“ der Lichtrasse Dünkel, Wahn und Überheblichkeit auftreten. Bei der Schachtrasse die „Lichtseite“ als mögliche Einsicht in die eigene Unvollkommenheit und Ehrfurcht vor dem vollkommen Göttlichen. Eine weitere Einteilung kommt durch die Seelenkräfte hinzu: Der Wille zum Wandel kann gekennzeichnet sein

a) durch inhaltslose Umstürzlerei und ruhelosen Wechsel der Heimat-, Lebens- und Staatsform.

b) durch vorurteilsfreie, von Gewohnheit ungehemmte Tatfrische zur Veränderung herrschender Mißstände.

c) eine Mischung von beidem, die aber immer gekennzeichnet ist durch geringe Ausdauer, die bis zur Unfähigkeit geht, schon einmal Erreichtes zu erhalten.

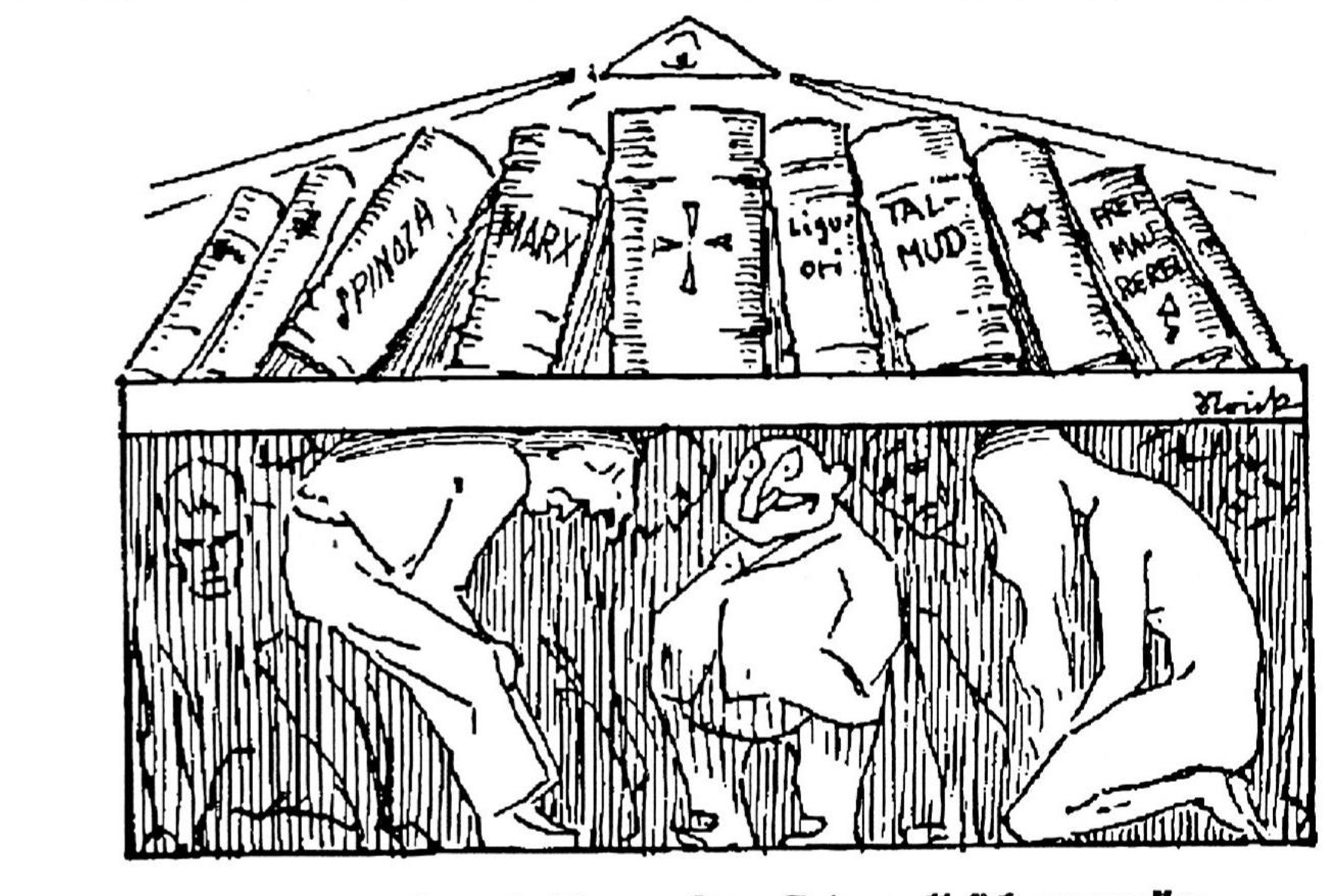
Der Wille zum Verweilen kann gekennzeichnet sein

a) durch zähes Verharren mit der Gefahr zu verknöchern.

b) bei guter Begabung durch „sichern eines gemütstiefen Gotterlebens.“

„Wir sehen, das Wesen der 'Lichtlehre' und alle Erbcharakterzüge, die damit verwoben sind, mußten sich zwangsläufig als Erbe im Rasseahn festlegen, wenn in der Stunde des rasseschöpferischen Erlebens sein gotterfülltes Ich in Vorherrschaft über den Selbsterhaltungswillen war.“ (a.a.O. S. 91)

„Ganz ebenso klar werden uns nun aber auch die Wesenszüge der 'Schachtlehre' und des mit ihr verwobenen Rasseerbcharakters, wenn in der Stunde des rasseschöpferischen Gotterlebens der gottverlassene Selbsterhaltungswille im Bewußtsein des Ahns der Rasse herrschte und das Ich nun die göttlichen Wünsche alle erlebt, sich aber ohnmächtig dem Selbsterhaltungswillen und allen Fähigkeiten des Bewußtseins gegenüber sieht.“ (ebenda)



Jahweh in dem Himmelreich will die Menschen alle gleich. Dem Judenvolk sich anzupassen soll'n beugen Völker sich und Rassen.

Faksimile aus der sogenannten Unterhaltungsbeilage "Scheinwerfer-Leuchten" der Ludendorffer Postille "Am heiligen Quell Deutscher Kraft" (20. August 1938)

In diesem Moment mußte ihm sein gottwidriges Treiben der Vergangenheit und seine Schlechtigkeit schlagartig klarwerden. An dieser Stelle benutzt Ludendorff den Rationalisierungsbegriff Freuds, dessen Werke ihr bekannt waren. Der Verstand des „Ahn“ erschafft als Rationalisierung „göttlichen Zorn und Rachsucht“, dem mit Angst vor Strafe und „knechtischem Gehorsam“ zur Sühne begegnet werden muß. Gleichzeitig ergibt er sich der Überzeugung, daß ihm die Kraft zur Vollkommenheit fehlt.

Während die Lichtlehren vielfältig sind, zeigen die Schachtlehren große Übereinstimmungen.

„Wandelfrohe und beharrliche Rassen, die eine 'Schachtlehre' im Erbgut tragen, und

wandelfrohe und beharrliche Rassen, die eine 'Lichtlehre' im Erbgut tragen, sind die vier großen Gruppen, die vom Standort der philosophischen Erkenntnis aus allein unterschieden werden können." (a.a.O. S. 94)

Die Rassepersönlichkeit „Volk" stellt eine durch Erbeigenschaft bedingte Einheit dar. Die Volksseele wirkt im Unterbewußtsein. Bei Todesgefahr des Volkes erzwingt sich der Selbsterhaltungswille der Volksseele die Herrschaft im Bewußtsein der Einzelnen und verdrängt alle vorherigen Wertungen. Die Volkserhaltung erhält absoluten Vorrang. (angeführtes Beispiel: Kriegsausbruch 1914/Hurrapatriotismus)

„Eine Rasse und ihre Völker leben in umso geringerer Gefahr des Todes infolge seelischer Krankheit, je immerwährender die Todesgefahr durch Kriege, je größer also die Gefahr des Unfalltodes ist ... Droht dauernd Kriegsgefahr, so herrscht der Selbsterhaltungswille des Volkes, aus dem Unterbewußtsein aufsteigend, in dem Bewußtsein der einzelnen Volksgenossen fast ununterbrochen." (a.a.O. S. 111)

Durch die Herrschaft des Rassecharakters im Bewußtsein kehrt der Mensch zum rassetümlichen Verhalten zurück, auch wenn er im Alltag noch so entwurzelt war. Herrschende Fremdlehren (Christliches/Marxistisches) werden dann als besonders unerträglich abgelehnt.

Die Volksseele ist potentiell unsterblich und nur durch Blutsmischung in Todesgefahr.

Im weiteren Verlauf wird klar, wozu die oben beschriebene Rasseeinteilung, die im Besonderen auf den rassegebundenen Gottglauben abhebt, konstruiert wurde.

„Nehmen wir nun an, daß ein Volk (wie z.B. das jüdische Volk) als religiöses Ideal, als Auftrag seines Gottes, die Beherrschung aller Völker der Erde anstrebt, so hat es unter geschickter Verteilung seiner Arbeit in den verschiedenen Wirtsvölkern leichtes Spiel, wenn es, wie z. B. in den letzten Jahrhunderten Engländern Weltherrschaftsziele, also Gewaltgier über andere Völker verlockend macht und jene Völker, die unterjocht werden sollen, zum Pazifismus überredet." (a.a.O. S. 193 f.)

„Mosaismus" und Christentum sind für Ludendorff „jüdische Konfessionen" (a.a.O. S. 309).

„Der jüdische Glaube zeigt nun dem einzelnen Juden und dem jüdischen Volke als Sinn ihres Lebens das Wirken für das Ziel, das Jehowah nach den Büchern Mose ihnen selbst gegeben hat: Unterjochung und Ausraubung aller Völker der Erde, grausamste Vernichtung aller Widerstrebenden." (a.a.O. S. 310)

Mathilde Ludendorff wird nicht müde, in jedem ihrer zahlreichen Werke zu betonen, daß alle ihre Behauptungen wissenschaftlich abgesichert seien. Die neuesten Erkenntnisse der Genforschung beweisen, daß es keine Menschenrassen gibt (vgl., „Vererbtes Multikulti" Spiegel 35/94). Damit erweist sich einer der Hauptpfeiler der „Deutschen Gotterkenntnis" als bösartige Unterstellung. ◾

Christian Christiansen

Ostpresse in deutscher Hand

Der Kardinal Jozef Glemp, Primas der Katholischen Kirche in Polen, ließ sich davon überzeugen, daß die deutsche Zeitung „Neue Passauer Presse" nicht die Pornographie ins Lande trägt. Dieses hatte seinen Sinn, kaufte doch das bayrische Blatt acht der größten Regionalzeitungen und die Sportzeitung „Tempo" in Polen. An guten Tagen kommt diese Gruppe auf eine Auflage von 2,6 Mill. Exemplaren. Da muß ja die Katholische Kirche um das Seelenheil der Polen besorgt sein.

Doch interessierte sich der Kardinal nur für die Durchsetzung seiner moralischen Vorstellung und nicht für das reaktionäre Umfeld der Passauer Zeitung. Die Passauer Neue Presse ist mit einer Auflage von 171000 Exemplaren eine große regionale Tageszeitung für den niederbayrischen Raum mit Monopol in der Stadt Passau. Der Verlag der Zeitung, die „Neue Presse Verlag GmbH" , gehört der Familie Kapfinger sowie zu 35 Prozent der Dr. Hans Kapfinger Stiftung. Der Namensgeber der Stiftung, **Hans Kapfinger**, und Gründer der Zeitung Neue Passauer Presse ist schon einschlägig bekannt. So gründete er Ende der 60er Jahre zusammen mit **Franz-Josef Strauß** und **Erich Kernmayr** die Christlich Nationale Union.

Anna Roßmus wurde unter dem Namen „das schreckliche Mädchen" bekannt weil sie die Vergangenheit ihres Wohnortes Passau im „III. Reich" aufhellte. **Erwin Janik**, der Anfang der achtziger Jahre Chefredakteur der „Neuen Passauer Presse" war, verklagte sie, weil sie die Vergangenheit seines Brudes in einem anderen Licht darstellte, als es sonst in der Passauer Presse stand. Dort wurde der Bundesverdienstkreuzträger als Widerstandskämpfer dargestellt. Nach Anna Roßmus hingegen war er ein kriegsverherrlichender Opportunist. Erwin Janik verklagte sie wegen Beleidigung und unterlag vor Gericht. Doch unbekannte Täter machten ihr die Tage während des Prozesses mit anonymen Anrufen und versuchten Einbrüchen zur Hölle, sie sollte zu einem Vergleich vor Gericht gezwungen werden. Erwin Janik war Anfang der achtziger Jahrer ebenfalls Autor des DVU-Organes „National Zeitung".

Das ehemalige Mitglied der SS-Division „Das Reich" Kernmayr war, als er die Christlich Nationale Union mitgründete, Chefredakteur der „Deutschen Soldaten Zeitung", der heutigen „National Zeitung". Bis Ende der 60er Jahre wurde das rechtsextreme Blatt bei der Neuen Passauer gedruckt. Bis Mitte der achtziger Jahre gab es auch noch jährlich ganzseitige Anzeigen in der Neuen Presse von den Deutschen Volksunion für ihre jährliche Großveranstalltung in der Passauer Nibelungenhalle.

Der ehemaliger Sturmbannführer Erich Kernmayr war schon ab Anfang der dreißiger Jahre im nationalsozialistischen Bereich aktiv. Nach dem „III. Reich" war er bei verschieden Organisationen dabei. So galt er als Ideologe der Deutschen Reichspartei, die in den ersten Jahren der BRD ein Sammelbecken für Nazis gewesen ist, bis sie nach einem Zerfallsprozess im wesentlichen in die NPD aufging. Auch bei der Sozialistischen Reichspartei und NPD engagierte sich Kernmayr. 1970 gründeteten prominente Rechtsextremisten und (Neo-)Nazis wie **Adolf von Thadden** (ehemaliger Vorsitzender der NPD) und eben auch Erich Kernmayr die Sammlungsorganisation Aktion Deutschland.

1959 gründete Hans Kapfinger von der Passauer Neuen Presse das „Komitee zum Schutz der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse" mit. Ebenfalls an der Gründung beteiligt waren der Spitzenfunktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft und spätere CSU-Abgeordnete Dr. **Walter Becher** sowie der Initiator der nationalistischen, CDU/CSU nahen Deutschland-Stiftung **Kurt Ziesel**.

Ende der fünfziger Jahre wollte die Passauer Neue Presse die „Deutsche Soldaten-Zeitung" kaufen, die, da sie in Passau gedruckt wurde, bei ihr hoch verschuldet war. Sie wurde jedoch vom Inhaber abgewiesen. Zu dieser Zeit mußte die Förderung der „National Zeitung", wegen öffentlichen Drucks durch das Verteidigungsministeriums eingestellt werden. Damals hieß der Verteidigungsminister noch Franz-Josef Strauß. Kein Wunder, daß Kampfinger mit seiner Neue Presse als Strohmann galt. Der damalige Herausgeber der „National Zeitung" und ihr späterer Inhaber sowie der heutige Vorsitzende der Deutschen Volksunion, **Gerhard Frey**, hatte übrigens bei der Passauer Neuen Presse volontiert.

Die Passauer Neue Presse legte nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Osteuropa kräftig zu. So gehören in der Tschechischen Republik heute 34 Zeitungen und 2 Zeitschriften und in Polen 10 Zeitungen zu dem bayrischen Zeitungsunternehmen. In Rumänien wird noch über die Gründung eines Privaten Fernsehsenders verhandelt. Partner hierbei ist der aus Rumänien stammende **Ion Tiriac**, Ex-Manager von Boris Becker. Auf dem tschechischen Zeitungsmarkt hat das Passauer Unternehmen eine führende Stellung mit einer Tagesauflage von 300.000 Exemplaren und bei Druckereien einen Marktanteil von rund 20 Prozent. ◾

Helmut Goj: Ein Scharnier zwischen National-konservativen und militanten Neonazis

Erstmals aufgefallen ist **Helmut Goj** 1992 im Internet, als er dort mit rechtsradikalen Parolen auf sich aufmerksam machte. Mit seinem kleinen Computer in Kamp-Lintfort (NRW) verbreitete er seine Hetze in diversen Netzen. In einigen hat er mittlerweile Schreibverbot.

Forderungen von Helmut Goj sind z.B. ein „Stopp des Völkermords am Deutschen Volk", „Wiedereingliederung der deutschen Ostgebiete" oder „Deutschland darf kein Ruanda werden." Auf die Frage „Sind Sie mit der Wiedervereinigung zufrieden?" antwortete Helmut Goj in einem Interview: „Nein, denn es ist nur eine Teilwiedervereinigung. Es fehlt noch Ostdeutschland." Oder auf die Frage „Soll Deutschland ein Einwanderungsland werden?" mit "Auf keinen Fall! Wohin denn mit den Einwanderern? Wir wollen doch keinen Fremdenhaß schüren."

Deweiteren ist Helmut Goj davon überzeugt, daß die Grünen über die SPD bis zum Bundesverfassungsgericht von Marxisten-Leninisten unter der Führung von Sarah Wagenknecht unterwandert seien und nur nationale Kräfte wie der "Bund freier Bürger" eine sozialistische Umgestaltung verhindern könnten. Ein mehr oder weniger witziges Beispiel ist auch sein Kampf gegen das von ihm erfundenen sogenannte „Agressionsgen".

Dabei ist Goj nicht der harmlose Trottel rechter Prägung, für den ihn viele halten. Er war jahrelang bei der rechtslastigen Freien Wählervereinigung (FWV) aktiv, für die er auch im Stadtrat saß. Ein führendes Mitglied der FWV sorgte 1989 mit dem Absingen von alten SS-Lieder bei einer Pfadfindergruppe für Aufsehen.

Nach Gründung des "Bund Freier Bürger" (BfB) trat Goj zu selbigem über und übernahm den stellvertretenden Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen. Zu dieser Zeit begann er, kommunalpolitische „runde Tische" zu organisieren, an dem auch Vertreter von SPD, CDU und FDP teilnahmen. Sein wirtschaftlicher Einfluß in der Gemeinde Kamp-Lintfort ist aufgrund der in der Schanzstraße ansässigen „GST Goj Stahltechnik GmbH & Co. KG" nur zu erahnen.

Über das Thule-Netz ist Helmut Goj mit militanten Neonazis vernetzt. Dort geben sich u.a. Aktivisten der FAP, der NPD und der "Republikaner" die Ehre. Nachweislich Kontakte hat Helmut Goj zu Mitgliedern der NPD und der Deutschen Volksunion (DVU).

Anfrage zur Bundeszentrale für politische Bildung

Eine Anfrage zu Veröffentlichungen der sog. "Neuen Rechten" durch die Bundeszentrale für politische Bildung stellte Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) an die Bundesregierung. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß das Bestreben vieler neurechter Aktivisten lediglich darauf gerichtet sei, die rechtsextreme Weltanschauung zu modernisieren und von geschichtlichen Belastungen zu befreien. Weiter heißt es: Einer der Zirkel, in denen sich 'Neue Rechte' und Rechtsextreme versammeln, ist die 'Deutsche Gildenschaft', der auch der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Dr. **Günter Reichert**, angehört.

In den vergangen Monaten traten zahlreiche Autoren in der Zeitschrift "Das Parlament" in Erscheinung, die dem Spekrum der 'Neuen Rechten' zuzuordnen sind, so der ehemalige Funktionär der "Jungen Nationaldemokraten", **Bernd Kallina**, oder **Ansgar Graw** und **Karlheinz Weißmann**. Geworben wurde im "Parlament" nicht nur für die erweiterte Auflage des Sammelbandes "Die Selbstbewußte Nation", zu dem der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen anmerkt, einige Beiträge verfolgten eine "eindeutig rechtsextremistische Zielsetzung", sondern auch für die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle des Rechtsextremen **Alfred Schickel**.

Ob die Bundesregierung angesichts der in der Anfrage aufgeführten Vorkommnisse Konsequenzen hinsichtlich der Person Dr. Reicherts bzw. ihrer Richtlinien für die Arbeit der Bundeszentrale ziehen wird, erscheint allerdings aufgrund ihres Umgangs mit anderen Anfragen zu dieser Thematik mehr als zweifelhaft.

Bergen-Belsen 51 Jahre danach

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen

„Spuren suchen - Spuren sichern“ im 51. Jahr nach der Befreiung des Konzentrationslagers

Wer in den Osterferien vom 9. bis 14.4.1996 beim Internationalen Jugendworkcamp im ehemaligen KZ Bergen-Belsen dabei sein will, sollte sich umgehend bei der DGB-Gewerkschaftsjugend oder beim Landesjugendring Niedersachsen anmelden.

Angesichts von Rassismus und faschistischer Gewalt, von Geschichtsleugnung und dem deutschen Wort vom „wir sind wieder wer“, ist es mehr denn je angebracht die Orte des Erinnerns und des Lernens aus der Geschichte dazu in Beziehung zu bringen. Viele Jugendliche fragen sich, wieso lebt der Nationalismus wieder so stark auf, warum werden Menschen sozial ausgegrenzt und warum sind diese Menschen obendrein Ziele faschistischer Gewalttaten? Warum werden Menschen zu Tätern - damals und heute? Wie sind die Zustände in verschiedenen Ländern Europas?

Warum ist das so und was können wir dagegen tun?

Diese Fragen wollen wir auf praktische Weise im Internationalen Workcamp beantworten.

Bergen-Belsen und die Workcamps bis heute:

Die Gedenkstätte ist ein, als Parkanlage gestalteter, großer Friedhof. „Man kann sich hier gar nichts vorstellen“, sagen besonders junge BesucherInnen ständig. Seit Beginn des Jahres 1993 haben Jugendliche die „steinernen Zeugen“ des Holocoust sichtbar gemacht. Gruppen von SchülerInnen, Auszubildenden und aus Jugendverbänden haben Barackenfundamente, die Lagerstraße und Feuerlöschbecken freigelegt und parallel dazu im Archiv der Gedenkstätte Fotos und Dokumente zu eben diesen Orten aufgestöbert. Viele Fundstükke kamen beim Graben zu Tage. Sowjetische Münzen, Eßgeschirr, Stacheldraht usw. - Dinge die auf die Geschichten von Menschen schließen lassen. Das „Spuren suchen, Spuren sichern“ genannte Projekt ist der Beginn, Bergen-Belsen begreifbarer und erfahrbarer werden zu lassen.

Internationales Workcamp - 51. Jahrestag der Befreiung

Im Mittelpunkt des Internationalen Camps vom 9. bis 14.4.1996 steht das „Ausgraben der Geschichte“ im ehemaligen Konzentrationslager, die Arbeit im Archiv und Gespräche mit überlebenden Häftlingen und anderen ZeitzeugInnen.

DAS · IST · DAS
WOHLBEKANNTE CONZ.-BELSEN BERGEN
Befreit Von Der Zweiten Britischen Armee Den 15 april 1945.
10.000 UNBEGRABENE LEICHEN WURDEN HIER GEFUNDEN.
ANDERE 13.000 SIND SEITDEM GESTORBEN
ALS OPFER DER NEUEN DEUTSCHEN ORDNUNG
IN EUROPA UND ALS BEISPIEL
DER NAZI KULTUR.

Dieses Schild stellte die britische Armee nach der Befreiung am KZ-Tor von Bergen Belsen auf

Der von den Nazis angelegte, und bis heute betriebene größte Truppenübungsplatz Westeuropas bot genügend Platz für Kriegsgefangenenlager für sowjetische Soldaten und ein Konzentrationslager. Das Militärgelände, und das heute betriebene faschistische Zentrum im nahegelegenen Hetendorf, bieten Raum für weitere anschauliche Beschäftigung. Kulturelle Angebote zum Thema und zur Unterhaltung stehen auf dem Programm. Für die TeilnehmerInnen des Camps wird das gemeinsame Handeln in einer international zusammengesetzten Gruppe gerade an diesem Ort eine wichtige Erfahrung sein.

Die Jugendlichen aus verschiedenen Ländern sind gemeinsam im Anne-Frank-Haus des CVJM in Oldau, naheBergen-Belsen, untergebracht. Die Teilnahme kostet pro Person 100,- DM. Darin enthalten sind alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm.

Anmerkung: Trotz der bei Erscheinen dieses RECHTEN RANDES bereits abgelaufenen Anmeldefrist, veröffentlichen wir diesen Beitrag mit dem Hinweis, daß dieses Internationale Jugendworkcamp auch in den kommenden Jahren stattfinden soll. Informationen bei DGB-Jugend Niedersachsen, c/o H. D. "Charly" Braun, Dreyerstraße 6, 30451 Hannover (Tel.: 0511/456252).